



INTERVIEW Kurierfahrer_innen im Widerstand	3
FRAUENKAMPFTAG Demostart im Kreis 1: zu Recht!	5
WEF Der Schweizer Staat als Dienstleister	8
TAGESSCHULEN Neoliberale Vereinnahmung in Zürich	12

**RÜSTUNGSINDUSTRIE:
FALLEN IHRE BOMBEN**

**DANN STEIGEN IHRE
AKTIENKURSE...**



EUROPA

Falsche Einheit im Namen des Krieges

Unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg beschwor der deutsche Kaiser Wilhelm II. die Einheit des Volkes mit seiner berühmten Parole «Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche». Geht es nach den europäischen Antworten auf den Krieg, dann soll diese falsche Einheit heute wieder hervorgebracht werden, damit wir kollektiv hinter Aufrüstung, Militarisierung und den neuen Heldengeschichten stehen.

(az) Mitte März vermeldete die NZZ ihr Unverständnis, dass Europa nur «fassungslos an der Seitenlinie eines Schlachtfeldes» stehe. Das ist angesichts der allgegenwärtigen Waffenlieferungen und Sanktionen zwar eine sehr weit hergeholte Auffassung über das Verhältnis der hiesigen Mächte zur Ukraine, doch sie bringt das gegenwärtige Verständnis treffend zum Ausdruck: An dem von Russland losgetretenen barbarischen Krieg will man in möglichst allen Formen ebenfalls teilnehmen. Und weil angesichts der Dämonisierung Russlands niemand als Putin-Anhänger_in verschrien werden will, überbietet man sich von links bis rechts mit möglichst harschen Forderungen, was in der gegenwärtigen Lage zu tun sei.

Dies führt mitunter auch zu Angriffen auf jenes, das nicht immer etwas mit der russischen Politik zu tun hat. Dostojewski und Tolstoi werden aus Lektürekursen entfernt, der Namen Juri Gagarins wird von einem Event der amerikanischen Space Foundation gestrichen, die

internationale Katzenföderation hat russischen Katzen die Teilnahme an ihren Wettbewerben verboten und in Manchester stritt man sich zu Beginn der Invasion darüber, ob eine aus der Ukraine stammende Engels Statue angesichts des Krieges nicht besser wieder verhüllt werden sollte. Wenn man nur genügend lange darüber nachdenkt, kann auch jeder etwas gegen Putin tun, so der allgemeine Tenor. Die Schweizer Mitte-Nationalrätin Marianne Binder erklärte beispielsweise dem Blick eine einfache Möglichkeit hierzu: «Statt die Wohnung stark zu heizen, kann man auch einfach mal einen wärmeren Pulli anziehen.» Frieren für den Frieden lässt sich allerdings mit einem prall gefüllten Portemonnaie leichter als mit einem leeren, doch die Frage, wer wovon überhaupt betroffen ist und was warum im Krieg nützt, stellt sich hier schon längst nicht mehr.

So dumm viele dieser Forderungen auch sein mögen, zeigt sich darin doch, wohin die gegenwärtige Stimmung in den kommenden Jahren führen kann: Im Namen des gemeinsamen Feindes sollen wir uns der Politik und ihren falschen Lösungsansätzen unterwerfen, und dies auch in jenen Lebensbereichen, die nichts mit Putin zu tun haben. Auch dafür gibt es bereits Beispiele. Unterschiedlichste Regierungen haben in den letzten Wochen mehrfach erklärt, dass wir die Kriegslast kollektiv zu tragen haben, beispielsweise in Form höherer Heizungs- und Benzinkosten. Und wer sich dann noch wehrt, läuft

Gefahr, unter neue Anklage gestellt zu werden: Als die deutsche Gewerkschaft Verdi im März zu Warnstreiks auf Flughäfen ausrief, warnten einige rechte Meinungsmacher_innen auf ihren online Accounts davor, dass gerade jetzt angesichts des Krieges in der Ukraine nicht der richtige Moment für Streiks sei. Und als am 8. März wie gewohnt die roten Fahnen Teil der Demos waren, sollte man sich wie zu Zeiten des Kalten Krieges dafür plötzlich zusätzlich erklären müssen.

Aufrüstung als gemeinsamer Nenner

Die lautesten Stimmen der ersten Kriegswochen gehörten jedoch vor allem den Aufrüstungsfanatiker_innen. Unter dem Stichwort der «Wehrhaftigkeit» forderten Parteien jeglicher Couleur eine bessere Bewaffnung ihrer Armeen. Nicht wenige Zeitungskommentare in Deutschland liessen zudem verlauten, dass man dabei auch vor der atomaren Aufrüstung nicht Halt machen will. Tabus gibt es keine mehr – und dennoch, oder gerade deswegen, ist man damit erfolgreich, wie sich nicht nur in Umfragen der breiten Bevölkerung zeigt, sondern auch in ersten konkreten Handlungen wie Budgetanpassungen.

Fortsetzung auf Seite 7

Inhalt

- 3 Interview: «Wie kann man sich organisieren, wenn man sich nie sieht?»
- 4 Relative Stabilität trotz Pandemie und Krieg?
- 5 Ein Kreis voller Kapitalist_innen
- 6 Ukraine: Zeitenwende?
- 8 WEF: Die Schweiz als sicheres Hinterland
- 9 Frauenkämpfe in Afghanistan: Sie kämpfen furchtlos und unermüdlich
- 10 «Der Patrioten-Revolutionen-Optimismus wich einem Nörgler- und Verlierer Image»
- 11 Corona: Das Klassenvirus
- 12 «Tagesschule 2025» ist ein Abbauprogramm
- 13 Palantir – unbekannt aber omnipräsent
- 14 Politischer Prozess in Bern: «Für uns ist eine Kundgebung vor dem Gericht wichtiger als ein paar Minuten Redezeit vor dem Richter.»
- 16 Alles Orwell oder was?

POLITISCHE GEFANGENE

Hungerstreikerklärung des inhaftierten Anarchisten Dimitris Chatzivasileiadis anlässlich des Besuchs des griechischen Ministerpräsidenten Mitsotakis bei Erdogan in Istanbul am 13. März.

Der griechische und der türkische Staat sind gute Kollaborateure gegen den revolutionären Kampf des Volkes. Der griechische und der türkische Staat sind Partner im Imperialismus der NATO. Die türkische Militärherrschaft ist die Schneide des NATO Terrorismus im Nahen Osten, im Mittelmeer und im Schwarzen Meer. In diesem Zusammenhang stellt sie den Vermittler im dschihadistischen Faschismus dar. Die koloniale Aktivität des türkischen Faschismus im Irak und in Syrien vermittelt für die imperialistische Politik der USA und für die konterrevolutionäre Kollaboration aller imperialistischen Mächte.

Die Invasion des türkischen Faschismus in Afrin, welcher einer ethnischen Säuberung gleichkommt, mit Morden, Entführungen und Vergewaltigungen, wurde mit dem Segen des griechischen ökumenischen Patriarchen durchgeführt. Seit Anfang 2021 setzt die türkische Armee chemische Waffen gegen die kurdische Guerilla in den Bergen im Irak ein und versucht so deren Stützpunkte zu zerstören. Die NATO Verbündeten aber schwenken die Flaggen der Demokratie. Der griechische Staat ist ein Aussenposten der NATO-Militärherrschaft im Osten, in der Grenzregion des europäischen Kapitalismus. Die Dominanz der amerikanischen Militärherrschaft und des mitteleuropäischen Kapitals auf griechischem Territorium vertieft sich von Jahr zu Jahr. Die Zusammenarbeit des griechischen und türkischen Staates in der Konterrevolution in der NATO ist weder vorübergehend noch beispiellos. 1998 lieferte die griechische Regierung Abdullah Öcalan an türkische und amerikanische Agenten.

Griech_innen, Türk_innen und Migrant_innen ausgebeuteter Völker, es gibt nichts das uns trennen könnte. Wir werden nicht für die Bosse kämpfen. Lasst uns eine gemeinsame revolutionäre Front auf beiden Seiten der griechisch-türkische Grenzen bilden. Lasst uns den Krieg und Nationalismus blockieren. Lasst uns ihre gemeinsame konterrevolutionäre Politik stürzen. Lasst uns den revolutionären Kampf in der türkischen Region unterstützen.

Dimitris Chatzivasileiadis



Solidarität ist unsere Waffe

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



Demo zum 8. März am 5. März 2022

Editorial

(red) «Eure Ordnung ist auf Sand gebaut!» Die Aussage von Genossin Rosa Luxemburg hat nichts von ihrer Aktualität eingebüsst. Sei es die Bewältigung der Corona-Pandemie, die Zuspitzung der Klimakrise oder der Krieg in der Ukraine, für uns ist klar, die kapitalistische Ordnung kann und darf nicht fortbestehen.

Und doch, obschon auf Sand gebaut, ihre Ordnung wird nicht einfach verschwinden. Wir werden nicht passive Zuschauer_innen sein, wenn der bürgerliche Staat Opfer der Gezeiten wird. Auf Sand gebaut sein heisst eben auch: Angreifbar sein. Wir verstehen Rosas Zitat also nicht als Aufruf, den unausweichlichen Zerfall abzuwarten, sondern, unserer historischen Rolle bewusst, aktiv niederzureissen was auf den Müllberg der Geschichte gehört.

Eine aktive Rolle einnehmen kann dabei vielfältige Formen annehmen. Mal beginnt es im Kleinen, wenn Vekolurier_innen zusammenkommen und ihre prekären Arbeitsbedingungen in Frage stellen, sich ihrer gemeinsamen Stärke bewusst werden. Wir schärfen unseren Blick für das Einhergehen von Digitalisierung und Überwachung. Oder wir besinnen uns in den Wirren imperialistischer Kriege auf klare Klassenpositionen und Solidarität mit allen Geflüchteten. In der Summe all dieser Momente werden wir schliesslich gemeinsam zu der Kraft, welche ihre auf Sand gebaute Ordnung zum Einstürzen bringt.

In diesem Sinne – Heraus zum ersten Mai!

Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf die Zerstörung des Planeten und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zielt der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

VELO-LIEFERDIENSTE

«Wie kann man sich organisieren, wenn man sich nie sieht?»

Daniel (Name geändert) arbeitet bei Just Eat, dem bekanntesten Velo-Lieferdienst mit den Fahrer_innen in orangenen Jacken. Wir haben uns über Arbeitsbedingungen und das Potential von Arbeitskämpfen in der Gig-Ökonomie unterhalten. Vorwegnehmen wollen wir, wie die Zürcher Fahrer_innen unterstützt werden können: Mit internationalen Kontakten.

(az) Hallo Daniel, du arbeitest bei Just Eat. Wie sehen Deine Arbeitsbedingungen aus und wie sind diese im Vergleich mit der Branche zu verorten?

Daniel: Man muss die Arbeitsverhältnisse abgrenzen zu Uber-Fahrer_innen, welche als scheinselfständig gelten und das betriebliche Risiko selbst tragen. Wir sind im Stundenlohn angestellt und erhalten auftragsunabhängig 22 Franken pro Stunde. Normalerweise fährst du zehn Stunden pro Woche, diese werden aufgeteilt in drei kleinere Schichten. Dann kannst du dich um eine Verdoppelung oder eine Verdreifachung der Stunden bewerben. Das erhalten aber die wenigsten, auch jene nicht, die das gerne würden. Für diese höheren Pensen gibt es lange Wartelisten und ein internes Wertungssystem, welches aussagt, ob du dich in der Vergangenheit bewährt hast oder nicht. Die meisten sind nebenbei noch anderswo arbeitstätig oder bestreiten noch ein Studium. Bei Veloblitz oder Ultra sind die Arbeitsbedingungen in den Essenslieferungen meines Wissens ähnlich. Bei den Kurier_innen von Just Eat ist aber das Selbstverständnis ein anderes, viele Leute fahren mit schlechten Elektrowelos, deren Akkus kaum für eine ganze Schicht ausreicht. Die Identifikation mit dem Kurierfahren oder dem Velo an sich ist tiefer. Es geht um die Notwendigkeit der Lohnarbeit. Es ist aber auch nicht so, dass bei Veloblitz die höhere Identifikation mit dem Velokurier_in-Dasein automatisch zu besseren Löhnen führen würde.

Kannst Du etwas zum Unternehmen von Just Eat sagen?

Daniel: Just Eat ist mittlerweile ein sehr grosser Konzern mit Zentrale in Holland, der in die ganze Welt expandiert hat. Es gibt eine Österreich-Deutschland-Schweiz-Region. In der Schweiz ist das eher neuer, früher gab es noch Notime und andere Dienste, Just Eat hat sich aber mittlerweile praktisch eine Monopolstellung gesichert. Dadurch hat Just Eat nicht nur seinen Angestellten gegenüber Macht, sondern auch gegenüber Restaurants. Viele Restaurants können es sich kaum erlauben, nicht mit Just Eat zusammenzuarbeiten, weil viele Menschen scheinbar nur noch so die Existenz dieser Restaurants mitkriegen. Wir haben wenig zu tun mit Manager_innen oder leitenden Angestellten. Doch es gibt eine Art interne Hierarchie, in der die Kurier_innen auf der untersten Ebene stehen. Darüber befinden sich die Kurier_innen mit besonderem Vertrauensstatus, die sogenannten Driver-Captains. Jene haben eine Art Weisungsgewalt, dürfen massregeln und das Wertungssystem der Kurier_innen mitbeeinflussen. Sie fahren auch als Kurier_innen. So gibt es mehrere Stufen, mitunter auch Büroangestellte in Zürich. Erst darüber kommt dann so etwas wie eine Personalabteilung oder ein Chef. Das funktioniert alles per Mail.

Gibt es etwas wie einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der Branche?

Daniel: Das gibt es nicht. Es gibt seit einigen Monaten ein Treffen mit der Gewerkschaft Syndicom. Die Forderung nach einem branchenweiten GAV besteht. Die Gruppe, die sich mit der Syndicom trifft, ist aus der Just Eat-Belegschaft in Zürich entstanden. Der Anstoss zu der Gründung dieser Gruppe (Just Eat Workers Collective) war ein Chaos bei der Auszahlung von Feriengeldern. Das Unternehmen hat die Ferien doppelt ausbezahlt und im Nachhinein wieder Rückforderungen gestellt. Für manche Fahrer_innen bedeutete dies bis zu CHF 2'000 Franken Lohnabzug. Das gab Unmut und die Bereitschaft, mit der Gewerkschaft zusammensitzten, damit der Feriengeldzuschlag in den regulären Lohn integriert wird. Es gibt viele andere Missstände, etwa die fehlende Belegschaftskommission. Bis anhin erfahren wir Änderungen von neuen Regelungen über diffuse Wege von Whatsapp-Chats, etwa die Zusammenlegung der Gebiete Zürich-Nord und Zürich-City. Letzteres bewirkte, dass du an Tagen sechsmal über den Bucheggplatz fahren musst und eine unbezahlte Heimfahrt von über einer halben Stunde noch dazukommt.



Kämpfe der Just Eat Fahrer_innen: Hier im Herbst 2021 in Sheffield.

Du hast im Vorgespräch von rund 200 Fahrer_innen gesprochen, die sich untereinander selten sehen und unterschiedlichste Arbeitszeiten haben. Wie kann man sich organisieren, wenn man sich nie sieht?

Daniel: Wir versuchen, die Sitzungen von unserem «Workers Collective» frühzeitig anzukündigen, damit alle ihre Schichten entsprechend legen können. Aber es fehlt natürlich der Ort des informellen Austausches unter den Angestellten. Es gibt grosse Chats, welche das Unternehmen zur Kommunikation benutzt. Wir versuchen darin, für gewerkschaftliche Forderungen zu agitieren und auf uns aufmerksam zu machen. Manchmal gibt es dann Diskussionen. Die Vertrauensleute der Unternehmensleitung werfen dann jeweils die Leute aus den Chats raus. Das ist ein ungünstiges Terrain, aber eines das wir haben.

Fahrrad-Kämpfe gibt es europaweit, häufig finden diese nicht mit traditionellen Gewerkschaften statt, sondern kleiner und improvisierter. Es gibt fast eine eigene Kampf-Kultur. Gibt es eine Vernetzung, national, international?

Daniel: Das gibt es wenig. Ich fände das aber wichtig, um an Kraft zu gewinnen – nur schon innerhalb von Just Eat. Denn es gab immer wieder Kämpfe bei Just Eat. Wir schaffen es aber nicht, uns aktiv mit diesen auseinanderzusetzen. Ich teile aber deine Einschätzung einer eigenen Kampf-Kultur der Kurier_innen. Man weiss, dass es Kämpfe gibt, in der Westschweiz aber auch in Europa. Das Bewusstsein ist da, dass man seine Bedingungen mitgestalten kann und muss. Das ist eine gute Voraussetzung.

Wenn es in diesem Bereich Kämpfe gibt, dann sind diese auch dadurch interessant, weil sie milieuverbindend sind und somit die Schnittflächen von Kämpfen vergrössern. Es kommen – sehr salopp gesagt – politisierte Studierende mit proletarisierten Menschen zusammen. Beide Milieus haben zumeist ihre eigenen Kampferfahrungen in unterschiedlichen Bereichen. Gibt es hierbei auch unterschiedliche Interessen oder eine besondere Dynamik?

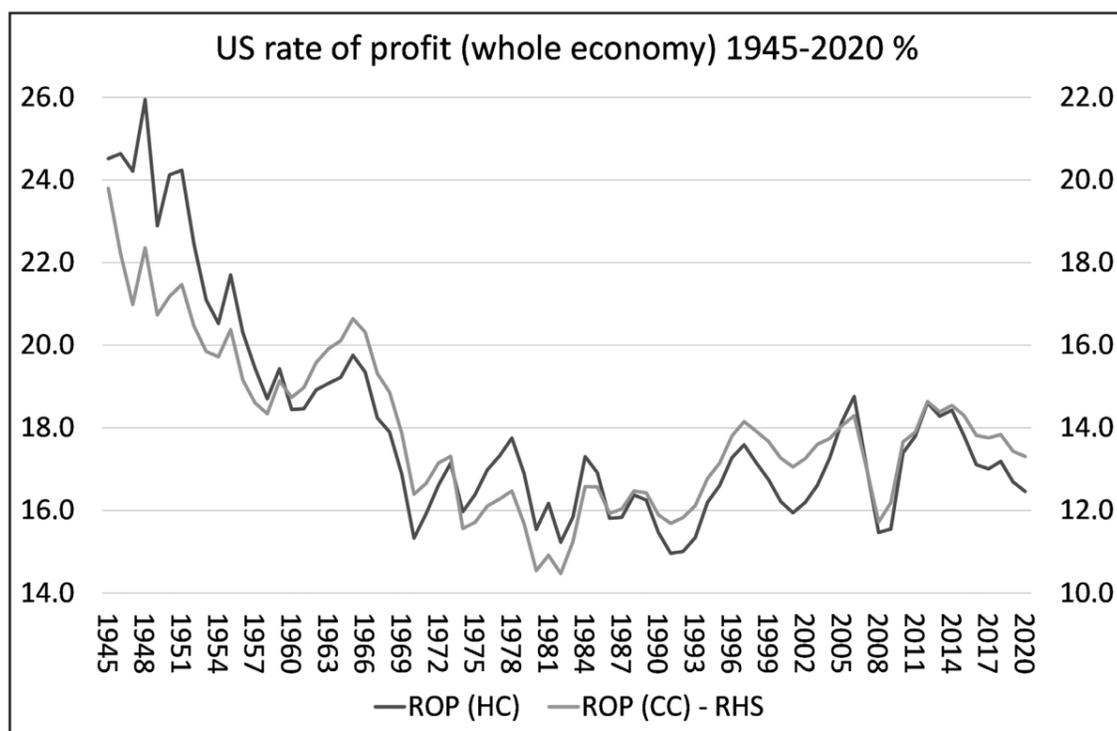
Daniel: Bis jetzt findet noch zu wenig Kampfdynamik statt, als dass man darüber etwas sagen kann. Tatsächlich gibt es diese verschiedenen Milieus und dementsprechend unterschiedliche Interessen. Ich würde sagen, dass die Hälfte der Belegschaft aus Studierenden besteht, die das als Nebenjob machen. Die andere Hälfte besteht aus Menschen, die noch ein bis zwei andere Jobs in der Reinigung haben und damit eine Familie ernähren müssen. Viele von ihnen sind migrantisch und zwingend auf den Job angewiesen. Das ist eine spannende Zusammensetzung der Belegschaft.

Was sind die nächsten Schritte?

Daniel: Abgesehen von der Vernetzung mit anderen Belegschaften in der Schweiz und Europa muss es natürlich darum gehen, zuerst zu einer Kampfkraft zu finden. Eine solche ist aktuell noch nicht gegeben. Gegenwärtig sind wir eine einfache Beute aller möglichen Repressionen. Eine der ersten Aktionen bestand in grossen Aufklebern auf den Rucksäcken, welche einforderten, dass der Konzern unsere Rechte respektieren soll. Die lokale Unternehmensleitung hat fast panisch reagiert und in den Chats Drohungen ausgesprochen. Es wurden dann auch die Driver-Captains losgeschickt, um die Kleber zu entfernen. Ausserdem gab es Verwarnungen. Dabei ging es kaum um eine radikale Forderung. Nun, momentan geht es darum, innerhalb der Belegschaft einen Bekanntheitsgrad zu erlangen und mehr Personen in das Kollektiv zu holen.

Als Kommunist_innen wollen wir in Kämpfen von aussen intervenieren, ohne der Belegschaft den Kampf wegzunehmen. Letzteres kennen wir nämlich aus reichlicher Erfahrung mit Gewerkschaftsführungen. Natürlich wollen wir politisch orientierend wirken, gleichzeitig aber unterstützend eingreifen. Wie kann ein Kampf von aussen unterstützt werden, also von Menschen die nicht als Velokurier_in und auch nicht bei Just Eat arbeiten? Wäre eine Critical Mass ein Anknüpfungspunkt in Zürich?

Daniel: Wenn Kontakte bekannt sind, um uns mit anderen kämpferischen Kolleg_innen der Velokurierbranche international bekannt zu machen, dann wäre das hilfreich. Denn unsere Ressourcen sind halt beschränkt. Über die Critical Mass weiss ich zu wenig. Es gehen immer wieder Leute dahin, um Flyer für die Interessen der arbeitenden Velofahrer_innen zu verteilen. Persönlich finde ich es spannender, im Hinblick auf den «Strike for Future» andere Basisgruppen wie die Trotzphase und deren Erfahrungen kennenzulernen. Da besteht eine gemeinsame Linie entlang der Anstellungsverhältnisse und nicht nur des Fortbewegungsmittels.



Die beiden Kurven verlaufen weitgehend parallel, so dass wir die Unterschiede hier ignorieren können.
 Quelle: <https://thenextrecession.files.wordpress.com/2021/12/ustrop1.png>, vgl. auch <https://www.aufbau.org/2011/04/30/beitrag-zur-profitratendiskussion/>

KONJUNKTURENTWICKLUNG

Relative Stabilität trotz Pandemie und Krieg?

Seit bald 10 Jahren befindet sich die kapitalistische Ökonomie in einer relativ stabilen Phase. Die Pandemie und vor allem der Ukrainekrieg könnten das ändern – oder auch nicht?

(gpw) Seit den Jahren 2011/2012 durchlief die kapitalistische Produktionsweise eine relativ stabile Phase. Eine kleine zyklische Delle von 2017-2018 in einigen Ländern war rasch wieder «ausgebügelt». Die wichtigste Ursache für diese ungewöhnliche Stabilität waren die Umwälzungen in der zentralen Produktionssektoren der grössten Ökonomien der Welt, welche der Digitalisierung, Roboterisierung, «Internet of things» – Stichwort Industrie 4.0 – geschuldet sind. Sie wirken sich praktisch auf alle Sektoren von Produktion und Reproduktion der kapitalistischen Weltwirtschaft aus. Es fand und findet teilweise immer noch ein gigantischer Sprung in der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit statt.

Ausdehnung der Masse des Profits

Diese Umwälzungen eröffnen neue Investitionsmöglichkeiten für das überproduzierte Kapital. Solange sich die entsprechenden Produktionszweige in Entwicklung befinden, saugen sie neue, zusätzliche Arbeitskraft ein, hauptsächlich hochqualifizierte. Es findet eine starke Ausdehnung der Masse des Profits statt, welche die Auswirkungen der chronischen Kapitalüberproduktionskrise mildert, die seit Jahrzehnten unumkehrbar im Hintergrund besteht und fortbesteht. «Relativ» stabil nennen wir die jetzige Phase deshalb, weil trotz Arbeitskräftemangel in vielen Bereichen keine Besserstellung des Proletariats auszumachen ist: Die Lohnrunden sind unergiebig wie zuvor, und die Arbeitsplatzsicherheit bleibt prekär – Ausnahmen bestätigen die Regel.

Entgegenwirkende Ursachen

Die Produktivkraftentwicklung, die Entwicklung von Digitalisierungslösungen und andere neue Produktionsmethoden haben teilweise die notwendigen Lebensmittel der arbeitenden Klasse verbilligt, was wiederum den variablen Teil des Kapitals, die Löhne, verringert bzw. nicht steigen lässt. Niedrige Energiepreise und intakte Lieferketten trugen vor der Pandemie und dem Ukrainekrieg ebenfalls zur relativen Stabilität bei, so dass die seit 2014 wieder sinkenden Profitraten noch kompensiert werden konnten (vgl. Grafik).

Erst die Pandemie ...

Diese relative Stabilität wurde 2019/2020 mit der Verbreitung des Covid-Virus abrupt in Frage gestellt. Allerdings: Industrie und Bau produzierten ungehindert weiter, und im Dienstleistungssektor wurden umschriebene, oft kleinbürgerlich betriebene, personalintensive Niedriglohnssektoren getroffen, weshalb das internationale und nationale Kapital wenig betroffen waren. Durch Feuerwehrlösungen von Bund und Nationalbank ist es der Schweizer Bourgeoisie und ihrem Staat gelungen, eine Schulden- bzw. Kreditkrise zu verhindern. Die Kurve von Firmenpleiten und Entlassungen konnte flach gehalten werden.

... dann der Krieg – eine neue Verunsicherung

Mit Krieg hat die Bourgeoisie in der Regel keine moralischen Probleme, solange er ihren eigenen Interessen

dient. Ein charakteristisches Beispiel dafür ist die «Sonntagspredigt» des Chefredators Eric Guyer in der NZZ vom Samstag, 26. März 2022, der sich beklagt: «Die deutsche Sicherheitspolitik leidet vor allem daran, dass Gesellschaft und Politik Gewalt nicht als manchmal notwendiges und moralisch legitimes Mittel der Auseinandersetzung akzeptieren.» Zwar «vergisst» Guyer den Einsatz von Joschka Fischer & Co. für die deutsche Beteiligung an den Jugoslawienkriegen 1991-2001, fährt aber weiter: «Wer Militär besitzt, muss damit umgehen können, zu töten. Deutschland kann das nicht», und am deutschen «neurotischen Verhältnis zum Militär ändert sich nichts», trotz der 100-Milliarden-Finanzspritze, welche die Regierung Scholz dem Militär zugesprochen hat.

Nur eine Randnotiz bleibt hier, dass einige Konzerne, die Produktionen in der Ukraine und Russland haben bzw. hatten, von der Unterbrechung ihrer Produktionsketten direkt betroffen sind. So musste beispielsweise VW seine Produktion teilweise einstellen. Dagegen brüstet sich SVP-Martullo-Blocher im Tagesanzeiger vom 26.03.2022, dass ihre Ems-Chemie nicht in der Ukraine investiert hat, «da sie als eines der korruptesten Länder gilt». Ihr Parteikollege Spuhler fährt die Produktion in Weissrussland zwar stark herunter, schliesst die dortigen Fabriken seiner Stadler Rail trotz Kritik der «linken» Sanktionenapostel aber nicht.

Die Rüstungsindustrie: Warenproduktion als Kapitalvernichtung.

Konzerne der Rüstungsindustrie gehören wegen der wieder salonfähig gewordenen Aufrüstung der westlichen Armeen zu den wenigen Gewinnern in dieser Situation. Hier kann zusätzlich investiert werden, was der Kapitalüberproduktion entgegenwirkt. Allerdings wird mit Waffensystemen ein Warenkapital erzeugt, das nicht produktiv konsumiert werden kann, also keinen direkten Nutzen für andere Produktionszweige und schon gar nicht für den individuellen Konsum hat. Der Zweck dieses Warenkapitals ist seine Vernichtung, entweder durch Einsatz in Kriegen oder durch Veraltung in den Arsenalen der Staaten. So absurd das klingt: Kapitalvernichtung wirkt ebenfalls der Kapitalüberproduktion entgegen und kann Raum für neue Investitionen schaffen. Da weniger die Privatwirtschaft als die Staaten Kunden der Rüstungsindustrie sind, droht ihnen nun massive Staatsverschuldung, welche der Expansion wieder Grenzen setzt.

Auf dem Buckel von Kleinbourgeoisie und Proletariat

Der offene Krieg gegen die Ukraine hat jedoch ein altes Problem neu aufleben lassen: die Inflation. Sie wurde schon durch Pandemie-bedingte Unterbrechungen der Lieferketten angeheizt und jetzt durch die gestiegenen Preise für Energieträger wie Gas und Erdöl. Ein solcher Anstieg der Preise trifft das Proletariat direkt über die Energiepreise, indirekt über die steigenden Preise aller andern Waren, für deren Produktion oder Transport Gas oder Öl benötigt werden.

Kleinbürgerliche Firmen trifft die Kapitalüberproduktion wiederum auf eine andere Art. So hat z.B. das Grosswerden von Just Eat einen negativen Einfluss auf Betriebe der Gastronomie, die einen Teil ihres Gewinnes an Just Eat abgeben müssen, wenn darüber Essen bestellt wird.

Ferner sitzen die meisten nicht auf riesigen Bargeldreserven, sondern leiden darunter, dass ihre Sektoren – gesellschaftlich gesehen – überproduziert sind. Dies war über die ganze Corona-Pandemie zu beobachten, und viele staatliche Massnahmen zielten genau darauf ab, die Vernichtung von kleinbürgerlichen Betrieben zu verhindern.

Steht ein massiver Kriseneinbruch bevor?

Die bürgerlichen Konjunkturauguren reduzierten in den letzten Wochen übereinstimmend die Wachstumsprognosen für dieses und das nächste Jahr um etwa einen Drittel. Rein ökonomisch gesehen müsste sich bei Instandstellung der durch Pandemie und Krieg durcheinandergebrachten Lieferketten auch die Inflation wieder zurückbilden. In diesem Fall würden die im ersten Teil dieses Artikels beschriebenen Voraussetzungen für die relative Stabilität einstweilen noch weiter bestehen. Sie drohen aber früher oder später an ihre Grenzen zu geraten, und dann könnte die Kapitalüberproduktionskrise, gemäss einer Formulierung von Marx, wieder «schlagend hervortreten», weil die fallende Profitrate nicht mehr durch die Ausdehnung der Masse des Profits und starken entgegenwirkenden Ursachen kompensiert würden. «Stagflation» oder gar «Deflation» heissen die gefürchteten Gespenster am Horizont der bürgerlichen Ökonomie.

Die Frage, wann das eintritt, entspricht dem sprichwörtlichen Blick in die Kristallkugel. Sicher ist nur, dass der weitere Verlauf des aktuellen Krieges einen entscheidenden Einfluss auf die ökonomische Entwicklung der kommenden Jahre hat.

Die Schweizer «Arbeitgeber»-Organisation Economiesuisse ermittelte in einer Umfrage bei ihren Mitgliedern Anfang März 2022, wie sie einerseits von den Sanktionen, andererseits vom Krieg selbst beeinträchtigt werden. Bei den Banken sind es vor allem die Sanktionen, die verunsichern, während die Kriegsbedrohlichkeit bei den exportorientierten Konzernen am grössten ist: Chemie, die Elektro- und Metallindustrie sowie Grosshandel. Wir zitieren die Schlussfolgerung: «Die Sanktionsmassnahmen belasten zwar die Schweizer Exportwirtschaft und den Schweizer Finanzplatz, doch halten sich die Probleme insgesamt in Grenzen. Die eigentliche Herausforderung stellen die kriegsbedingten Verwerfungen dar. Gerade vor dem Hintergrund der Brutalität des Krieges ist die Unsicherheit gross, welche weiteren Schritte Russland unternimmt. So lange nicht die Aussicht auf eine friedliche Konfliktlösung besteht, werden die Lieferengpässe und hohe Preisniveaus bei Energie, Rohstoffen und verarbeiteten Produkten anhalten.»

Quelle: <https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/der-russische-krieg-belastet-die-schweizer-wirtschaft-deutlich-staerker-als-die-sanktionen>

Im Bild

Das Transparent mit der Aufschrift «Befreit Fritz Platten aus den Kerkern Stalins» war von der sozialdemokratischen Jugendorganisation in die Demonstration zum 1. Mai in Zürich 1948 geschmuggelt worden. Es löste ein Gerangel eine hitzige Debatte in der Schweizer Linken aus.

Der in Zürich politisierte Fritz Platten war seit der Zimmerwalder Konferenz mit Lenin befreundet und bekannt geworden als Organisator von dessen Reise im plombierten Zug von Zürich nach Petrograd 1917. Platten emigrierte in die Sowjetunion, wurde 1937 verhaftet und kam 1942 unter ungeklärten Umständen in einem Arbeitslager zu Tode. Als sich die Schweizer Linke anhand dieses Transparents um die Erinnerung an Platten stritt, war dieser also längst tot. Während er in der Sowjetunion bereits in den frühen 1950ern rehabilitiert wurde, geriet er in der Schweiz weitgehend in Vergessenheit.



8. MÄRZ

Ein Kreis voller Kapitalist_innen



Die Demonstration zum Internationalen Frauenkampftag am 5. März in Zürich hätte ursprünglich durch den Kreis 1 ziehen sollen, doch dazu kam es nicht. Warum sich ein Besuch trotzdem lohnt.

(agf) Warum die Polizei eine Route durch Zürichs Geld-, Gold- und Kapitalistenviertel, namentlich die Bahnhofstrasse und ihre Seitengässchen, verhinderte, liegt auf der Hand: Zum einen shoppten sich an diesem Samstag tausende von Menschen durch die Geschäfte und eine kämpferische Demonstration kann da schon schnell die Einkaufslaune trüben. Zum anderen befinden sich aber gerade in diesem Teil der Stadt zahlreiche Geschäfte und Unternehmen, welche durch ihre Herstellung-, Verkaufs-, Vermarktungs- oder Handlungspraxis zu den ganz grossen Aushängeschildern eines für Mensch und Umwelt schädlichen und zerstörerischen Kapitalismus zählen. Und diese Geschäfte, so die Logik von Stadt und Polizei, gilt es natürlich vor einer Demonstration mit revolutionären Aktivist_innen zu schützen.

Was bei dieser Taktik aber vergessen geht: Heute ist nicht alle Tage, deswegen sind hier einige dieser Unternehmungen und die Gründe, warum sich ein Besuch bei ihnen auch jenseits von 8. März und 1. Mai durchaus lohnen, aufgelistet.

Victorinox, Flagshipstore Zürich, Rennweg 58, 8001 Zürich

«Das Ziel ist, dass jeder türkische Soldat ein «Türkisches Armeemesser», hergestellt durch Victorinox, erhält», sagte Paul Camenzind, Verantwortlicher für militärische Messer bei Victorinox. Um diesem Ziel einen Schritt näher zu kommen, nahm die Firma 2019 an der grössten Rüstungsmesse in der Türkei teil. Bereits jetzt werden verschiedene Spezialeinheiten in der Türkei mit Victorinox-Messer ausgerüstet. Kurzum: Victorinox macht Gewinne durch skrupellose Geschäfte mit einer Diktatur und verkauft sich in demselben Atemzug als schweizerische Qualitätsmarke und freundlicher Sponsor diverser Events und Fernsehsendungen – was für ein Hohn!

Zara, Bahnhofstrasse 66, 8001 Zürich

Die Liste, warum Zara zu den hinterletzten Unternehmen in der ohnehin von A bis Z problematischen fast-fashion Branche zählt ist lang: Gründer Amancio Ortega ist einer der reichsten Männer der Welt, in seinen Fabriken zahlt Zara aber bis heute nicht einmal die Mindestlöhne. Zudem kündigte das Unternehmen 2021 an, aufgrund der Pandemiefolgen über 1000 Filialen schliessen zu «müssen», bei einem Jahresumsatz von über 16 Milliarden USD. In Brasilien wird gegen ZARA wegen Kinderarbeit und Zwangsarbeit ermittelt, bisher konnte sich das Unternehmen von allen Vorwürfen freikaufen. 2016 wurde bekannt, dass ZARA in der Türkei syrische Geflüchtete, darunter auch Kinder, weit unter dem türkischen Mindestlohn beschäftigte. Nach Berichten der Deutschen Gewerkschaft Ver.di vom Mai 2019 führt der Konzern in Deutschland zudem Schwarze Listen mit unerwünschten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Betriebsräte und Mütter seien rot hervorgehoben. Auch in der Schweiz gibt es Berichte von schikanösen Arbeitsbedingungen in den Filialen.

Niederer Kraft Frey, Anwaltskanzlei, Bahnhofstrasse 53, 8001 Zürich

Die prunkvolle Anwaltskanzlei, die Typen wie ex-Raiffeisenchef Pierrin Vincenc und eine Vielzahl bekannter, aber in Verruf geratener Bankiers zur prunkvollen Kundschaft zählen, übernahm 2020 die Überprüfung der schweren Vorwürfe betreffend mieser Arbeitsbedingungen gegen die Kita-Kette Globegarden und widerlegte diese medienwirksam. Das Problem: Für das so genannte Gutachten hat NKF nicht mit einem/einer der (ehemaligen) Angestellten des Unternehmens gesprochen, welche die Vorwürfe betreffend Überbelastung und prekärer Arbeitsbedingungen überhaupt erst erhoben haben.

CS Paradeplatz 8, 8001 Zürich / Bahnhofstrasse 32, 8001 Zürich und Julius Bär Bahnhofstrasse 36, 8001 Zürich

Da wären etwa unglaublich überrissene Boni zu Krisenzeiten, mehrfacher Betrug in fast jeder Unternehmenssparte, unbeaufsichtigte Vergabe von Milliardenkrediten an sogenannte Entwicklungsländer (Fall CS und Mozambique) und direkte Mitschuld an Staatsverschuldung und Armut, ökologischen Desastern und Verwalten von Diktatorengeldern. Ausserdem Geldwäscherei, die eklatante Beihilfe zur «Steuervermeidung» der super Superreichen und vieles mehr. Übrigens hat der brasilianische erzkonservative ex-Politiker Eduardo Cosentino da Cunha, Verfechter der Konversionstherapie und Kämpfer gegen die Abreibung, Konten bei der Bank Julius Bär.

Apple, Rennweg 43, 8001 Zürich

Wenig überraschend «glänzt» der Techkonzern durch mieseste Arbeitsbedingungen in der Produktion. Zudem bestehen vermehrt Hinweise darauf, dass Apple in seinen Fabriken in China Uigurische Zwangsarbeitende unter sklavenähnlichen Bedingungen schuftet lässt. Hinzu kommen eklatante Mängel betreffend Umweltschutz bei der Produktion und dem Vertrieb der Geräte. Und vergessen wir nicht, dass Apple dank geschickter «Steuervermeidung» trotz einem Jahresumsatz von fast 400 Milliarden USD fast gar keine Steuern bezahlt, nämlich lediglich 0,0005%. Für uns sind es übrigens rund 15-22% Einkommenssteuern.

Tesla, Pelikanstrasse 10, 8001 Zürich

Ende 2021 verklagten sechs Frauen den Tesla Konzern wegen «albtraumhafter Arbeitsbedingungen» und «zügellosen sexuellen Belästigungen». Der Konzern fördere eine Kultur der Diskriminierung und Ausbeutung ohne Konsequenzen für die Täter. Gemäss der involvierten Anwälte sei die sexuelle Belästigung bei Tesla und SpaceX «systematisch». Immer wieder gerät Tesla auf Grund schlechter Arbeitsbedingungen in den Fabriken und einer für die Industrie überdurchschnittlich hohen Verletzungsquote unter den Angestellten in die Schlagzeilen. Ausserdem drohte Elon Musk öffentlich, Angestellte zu benachteiligen, die sich gewerkschaftlich organisieren.



Eindrücke vom 8. März in Zürich



Krieg und Leichen - Die letzte Hoffnung der Reichen (John Heartfield, 1932)

UKRAINE

Zeitenwende?

Der Krieg in der Ukraine hat eine immense Aufrüstungsdynamik in europäischen Staaten ausgelöst. Propagandistisch unterfüttert wird diese vermeintliche Notwendigkeit durch das Gebrabbel der Herrschenden hinsichtlich einer gemeinsamen demokratischen Front für die kommenden Konfrontationen.

(gpw) Der Krieg in der Ukraine hat auf Seiten des Westens rasant zu allerlei militärischen Ankündigungen geführt. Prominent und symptomatisch brachte dies der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) drei Tage nach Kriegsbeginn, Ende Februar, im Bundestag auf den Punkt. Es stehe nun eine «Zeitenwende» an, die mindestens zwei Seiten kennt. Einerseits ein Bruch mit Russland zwecks entschlossener Einreihung in die NATO-Front, andererseits eine massive Aufstockung des Etats für das deutsche Militär zwecks Herstellung eigener Handlungsfähigkeit. Was zuvor über Jahre Zankapfel mit anderen Staaten im transatlantischen Bündnis war (das Lavieren Deutschlands in Richtung Russland aufgrund dessen Rohstoffvorkommnisse, konkretisiert in Form von Pipelines wie Nord Stream 1 und 2, sowie das Lavieren Deutschlands hinsichtlich zusätzlicher Investitionen in das Militär) wird über Nacht hinfällig.

Und doch oder gerade deshalb: Man wird skeptisch angesichts der Vollmundigkeit der öffentlichen Deklarationen der Herrschenden (wovon Scholz's Rede nur ein Beispiel ist) und man wird skeptisch angesichts der beschworenen Einigkeit unter den Mächtigen der imperialistischen Staaten, die nach Jahren des inneren Disputs sich plötzlich so geschlossen aufzustellen scheinen. Das heisst nicht, dass an diesen Entwicklungen nichts dran wäre und man sie entsprechend nicht ernstnehmen sollte, aber sicher, dass man diese plötzliche Einheit überprüfen sollte, um zu verstehen, woher sie kommt und ob sie künftig halten wird. Anders gefragt: Welche innerimperialistischen Widersprüche mögen nun zwischenzeitlich schlummern, nur um zu einem späteren Zeitpunkt wieder in einem noch militarisierten Kontext aufzubrechen? Denn vergessen wir nicht: Ein Teil des russischen Kalküls, weshalb gerade jetzt der günstige Zeitpunkt für die Auslösung dieses Kriegs in der Ukraine sei, dürfte durchwegs auch gewesen sein, dass Institutionen wie die NATO oder die Europäische Union in den vergangenen Jahren gerade nicht vereint erschienen, sondern, im Gegenteil, der Zwist unter ihnen historisch gross schien. All das soll nun über Nacht weg sein?

Aufrüstung allenthalben

Der Ruf nach Aufrüstung erfolgt nicht bloss in Berlin. Kaum ein europäisches Land zieht in dieser Dynamik nicht mit. Jene Staaten (überwiegend in Westeuropa), deren Ausgaben für das Militär vor dem Kriegsbeginn proportional zum Bruttoinlandprodukt noch unter dem NATO-Ziel von zwei Prozent lagen, sind eifrig bemüht, diese Lücken nun rasch zu schliessen. Neben Deutschland trifft

diese etwa auf Dänemark, Schweden, Italien oder Spanien zu, wo die Regierungen jeweils bereits Budgeterhöhungen für die Rüstung angekündigt haben. Andere Staaten, die das Zwei-Prozent-Ziel zuvor erfüllten, lassen sich nicht lumpen und rufen kurzerhand nach Erhöhungen bis hin zu drei Prozent des BIP auf, so etwa Polen und Grossbritannien. Wie die Faust aufs Auge passt dazu die Ankündigung der EU, nun endlich und nach Jahren der Arbeit über eine Truppe von 5'000 Soldat_innen zu verfügen – die allerdings keinesfalls so etwas wie eine EU-Armee seien. Diese ungeheuren zusätzlichen Investitionen in den Krieg – in absoluten Zahlen waren die Militärausgaben der NATO-Staaten schon vor diesem Investitionsschub rund zwanzigmal höher als jene Russlands – lassen zum einen die Kassen der europäischen Rüstungsunternehmen klingeln und deren Aktienkurse um weit mehr als bloss einige Prozente steigen und giessen zum anderen Benzin in eine Glut, welche angefacht wird von notorischen Pyroman_innen und einem kriegerischen Chauvinismus gegen aussen wie innen.

Es ist unklar, was genau diese Aufrüstungsmomente auslösen werden, aber klar, dass es aus Sicht der Völker nichts Gutes sein wird. Es ist absehbar, dass ein künftiger Zankapfel der heute Aufrüstenden sein wird, wer diesseits des Atlantiks in der NATO und der EU militärisch den Takt angibt. Deutschland, nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidend zurückgebunden in Sachen kriegerischer Potenz, rüstet nun gross auf und liebäugelt als gegenwärtige Nicht-Atomkraft mit der «nuklearen Teilhabe», also deutschen Kampfflugzeugen, die US-Atomwaffen an ihr Ziel fliegen und abwerfen. Frankreich sieht sich im Ruf nach der Notwendigkeit einer strategischen Autonomie Europas bestätigt. Entsprechend ist der französische Präsident Macron jene Figur, welche noch diplomatische Brücken nach Moskau aufrechterhält. Aber mal schauen, wie es wird, wenn die Autonomie konsequenterweise auch gegenüber Washington DC gelten soll oder gar Berlin sich um die strategische Führung zu bewerben beginnt. Schliesslich mischt «Global Britain» nach dem Brexit als zweite europäische Atomkraft mit. Stets wird vom ukrainischen Präsidenten Selensky hervorgehoben, wie sehr der gute Freund Boris Johnson sich durch Waffenlieferungen hervorgetan habe. Die Interessen dieser Staaten – also: die Interessen der Kapitalfraktionen dieser Staaten – sowie die Widersprüche zwischen ihnen sind gewiss nicht schlagartig über Nacht verschwunden. Entsprechend wird zu beobachten sein, inwiefern die Kriegsdynamik an sich sowie der damit einhergehende Ausbau der zur Verfügung stehenden militärischen Mittel auf diese Bruchlinien zurückwirkt.

Die demokratische Front

Während die Pforten der NATO für die Ukraine fest verschlossen sind (und dieses Beitrittsversprechen, das stets suggeriert wurde, ohne dass irgendjemand im Hauptquartier in Brüssel je ernsthaft vorhatte, es auch

umzusetzen, ist eine der Formen des westlichen Zeugnisses im Osten), scheint die EU offener, wenn es darum geht, vage Schritte, die potenziell einen EU-Beitritt eines Tages verheissen könnten, zu kommunizieren. Ein ähnliches Kuckucksei für die EU war seinerzeit die Osterweiterung der EU auf Druck der USA, insbesondere Polen, das seiner Rolle als Scharfmacher für die US-Interessen im Ukrainekrieg aktuell mehr als gerecht wird. Mit seinem Staatsbesuch in Polen nach dem NATO- und G20-Gipfel in Brüssel unterstreicht US-Präsident Biden die Rolle Polens als strategisch wichtigsten Partner in Europa. Bekanntlich gilt Polen nicht gerade als Hort der Demokratie und Menschenrechte, sondern ist gemäss der herrschenden Sprachregelung wohl eher eine Autokratie. Kein Problem, denn «Spannungen über Rechtsstaatlichkeit und Demokratie treten in den Hintergrund, wenn Polen zum Frontlinien-Staat gegen Russland wird», verkündet das US-Magazin Politico unverblümt. Eine ähnliche Neubewertung geschieht mit Ungarn, vergessen sind die Rufe nach einem Ausschluss aus der EU, die noch vor einigen Monaten ertönten. Zugleich läuft die Einbindung Ungarns in die Anti-Russland-Front nicht ganz so wie erhofft, sinnbildlich hierfür ist, dass die angesagte Treffen der Visegrád-Gruppe aufgrund mangelnder gemeinsamer Konfrontationslinie kurzfristig annulliert wurden.

Überhaupt: Unter der Parole «Demokratie versus Autokratie» hat die westliche Bourgeoisie den Kampf um die Köpfe lanciert und versucht so, die eigene Barbarei im Namen des Fortschritts zu legitimieren. Bloss doof, dass selbst nach ihren Kriterien der bürgerlichen Demokratie jeder denkende Mensch leicht feststellen kann, dass dieses Narrativ angesichts von gestern kritisierten, heute hofierten Partnern wie Polen und Ungarn keinerlei Realitätsbezug hat. Ganz zu schweigen von der Bilanz aller bisherigen Kriege des Westens im Namen von Demokratie, Menschenrechte und Frieden, die jedem proletarisch-internationalistisch denkenden Mensch die grosse Heuchelei der Herrschenden vor Augen führt. Immer wieder versuchen sie, den Krieg in der Ukraine einzubetten in eine grosse Konfrontation, die wirtschaftliche und geostrategische Gründe kennt, welche es hinter dem Schleier der Schlagworte zu kaschieren gilt. Heute geht es gegen Russland, doch schon bald rund um den wirtschaftsmächtigen Indopazifik gegen die Volksrepublik China. Ihre Messer wetzen sie dafür schon seit Jahrzehnten, militärisch wie ideell, weshalb es skeptisch zu bleiben gilt, wenn sie schlagartige Brüche betonen, die letztlich nur beschleunigende Momente einer kriegerischen Kontinuität sind. Und so ist der andauernde Krieg in der Ukraine mit seinem ganzen Elend und der Koketterie mit einem Dritten Weltkrieg aus US-amerikanischer Sicht eben letztlich doch eine win-win-Situation, bei der Russland ausbluten soll, während Europa aufrüstet, was angesichts der grossen und kleinen kommenden Konfrontationen, in denen es imperialistische Interesse zu verteidigen und durchzusetzen gilt, eine gute Sache ist.

Fortsetzung von Seite 1

Auch in der Schweiz will man nachziehen und Teil der neuen Aufrüstungs- und Kriegsstimmung werden, wie sie wohl in den letzten Jahrzehnten einzig mit den Monaten nach 9/11 vergleichbar ist. Am deutlichsten wurde bisher die Gruppe Giardino, eine 2010 gegründete Lobby-Gruppe ranghoher Schweizer Militärangehöriger. Am 7. März forderte man in einer Medienmitteilung dazu auf, das Schweizer Militär von 100'000 auf 300'000 Personen auszubauen, das Budget gemäss dem NATO Standard auf 2% des BIP zu erhöhen und noch ein paar neue Minenwerfer, Radschützenpanzer, Kampfdrohnen und Flugzeuge einzukaufen. Letzteres soll gleich per Bundesratsdekret geschehen, damit das lästige Referendum übergangen werden kann. So weit geht man bei den Vertreter_innen der Schweizer Parteilandschaft zwar nicht, doch auch hier wurden etliche Stimmen laut, dass man angesichts der neuen Bedrohung das Referendum gegen den Kampfflugzeugkauf sofort zurückziehen sollte.

Dabei sprechen sich heute auch sozialdemokratische und grüne Politiker_innen für eine neue Wehrhaftigkeit aus. An vorderster Front der neuen Kriegs- und Aufrüstungsrhetorik stehen einmal mehr die Vertreter_innen aus Deutschland. Besonders perfide wird dies dort mit einer neuen «feministischen Aussenpolitik» verbunden. Diese soll, so die grüne Aussenministerin Annalena Baerbock, «mehr Stimmen» in die Politik bringen und komplexe Denkmuster in die Diplomatie integrieren, die patriarchale Strukturen überwindet. Besonders weit von der bisherigen Denkweise entfernt man sich damit jedoch nicht, wie weitere Verlautbarungen von Baerbock zeigen: «Wir müssen Abrüstung und Rüstungskontrolle komplementär zu Abschreckung und Verteidigung denken.» Oder anders gesagt: Aufrüsten ja, aber mit schlechtem Gewissen.

Energiewende als imperialistische Interessenspolitik

In der Schweiz äussert man sich da etwas weniger deutlich, und ist bei der Sozialdemokratie wie auch bei den Grünen traditionell wohl auch etwas weniger Armeefreundlich. In anderen Bereichen schliesst man sich aber wortgetreu den Partner_innen aus Deutschland an. Dies betrifft insbesondere die Fragen der Energielieferung, in der man sich von Russland unabhängig machen will: «Energiepolitik ist Sicherheitspolitik», so erklärte es beispielsweise Robert Habeck, der grüne deutsche Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz. «Energiepolitik ist Sicherheitspolitik», so erklärte es dann auch wortgleich die grüne Abgeordnete Aline Trede im Schweizer Parlament.

Das ist vordergründig tatsächlich eine korrekte Erkenntnis, drehen sich Kriege doch oft um Zugang zu bestimmten Rohstoffen und Energieressourcen. Doch hinter der Forderung nach einer neuen Energiepolitik verbirgt sich letztlich nur das von allen Parteien mitgetragene Interesse, dass man als führende imperialistische Zentren nicht in Abhängigkeit von anderen Regionen geraten und seine Energiepolitik ohne äusseren Einfluss gestalten will. Dass es dabei auch nur selten um Umwelthanliegen geht, zeigt der erneute Blick nach Deutschland. Geht es nach Habeck, dann soll künftig Fracking-Gas wieder genauso akzeptiert sein, wie Gas- und Öllieferungen, die aus anderen autoritären Staaten stammen. Und selbst vor einem vermeintlichen Tabuthema macht man im Namen des Krieges bei den Grünen keinen Halt mehr: Habeck liess unlängst verlauten, dass er notfalls auch AKWs länger laufen lassen will, um damit die deutschen und europäischen Interessen zu stärken, und Baerbock verkündete, dass der verspätete Kohleausstieg der Preis sei, den man für die Solidarität mit der Ukraine zu zahlen bereit ist.

Vereint im Sanktionswahn

Neben der Aufrüstung und neuen Energiepolitik findet man sich auch in Fragen der Sanktionen. Parteiübergreifend ist man sich einig, dass Sanktionen das richtige Mittel sind, um Russland für seinen Krieg zu bestrafen. Dazu gehört nicht nur die Einschränkung von Bankbeziehungen oder eingefrorene Konten, sondern auch populistische Entscheidungen, etwa das Verbot russischer TV Sender. Und dabei soll es nicht bleiben. Statt dass man nach den ersten vier Sanktionspaketen einmal innehalten und die Folgen abschätzen würde, plant man vielmehr das nächste Sanktionspaket. Das ist freilich keine Überraschung. In vielen NATO Staaten hat man Blut geleckt, und hofft, den russischen Konkurrenten durch den Wirtschaftskrieg ein für alle Mal in die Schranken zu weisen.

Erschreckend daran ist weniger der kapitalistische Konkurrenzgedanke, in dem man sich gar nicht erst um eine Unterscheidung zwischen Bevölkerung und Machteleite bemüht, sondern vielmehr, dass auch bei linken Kräften kein Nachdenken mehr stattfindet, welche Nebenwirkungen Sanktionen haben und gegen wen sie sich letztlich richten. Dabei sind die Folgen bereits absehbar. Russland und die Ukraine gehören zu den wichtigsten Exporteuren von Weizen wie auch Dünger. Gerade ärmere Länder Afrikas sind auf Lieferungen angewiesen. Und dass Sankti-



Demo gegen den Krieg in Zürich.

onen nicht einfach zu einem Regimewechsel führen, sondern fast immer Krisenprofiteur_inne hervorbringen, die sich aus der bisherigen Elite zusammensetzen, während die restliche Bevölkerung leidet, weiss man spätestens seit den Sanktionen gegen den Irak und Iran eigentlich auch. In beiden Fällen waren beziehungsweise sind es Hunderttausende Menschen, die aufgrund von Knappheiten zu früh verstorben sind oder unabhängig ihrer Haltung zum jeweiligen Regime leiden müssen. Vergleichbares droht nun auch Russland. Bereits heute wird das Insulin knapp – doch gerade jene, die auch im Ausland keinen Zugang mehr dazu finden, gehören mit Sicherheit nicht zur russischen Elite um Putin.

Die ukrainische Arbeitskraft als Kriegsbeute

Innert weniger Tagen nach dem russischen Angriff wurde deutlich, dass auch dieser Krieg eine Vielzahl Flüchtender generieren wird. Im Gegensatz zu den vielen anderen kriegerischen Konflikten dieser Welt war man sich auch hier rasch einig. Nun sollten alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um Personen hier aufzunehmen. Doch wie von der bisherigen Migrationspolitik bereits bekannt, funktionierte dies auch in der «Willkommenskultur» nicht ohne die dazugehörigen rassistischen Begleiterscheinungen. Die NZZ versuchte zwischen «echten» und «falschen» Flüchtenden zu unterscheiden und die SVP warnte davor, ukrainische Flüchtende mit muslimischen Migranten zu vermischen. In der ganzen daran anknüpfenden Skandalisierung ging jedoch ein zweiter Themenbereich der rassistischen Migrationspolitik gänzlich unter: Ein wesentlicher Faktor, wer in Europa wann willkommen geheissen wird, liegt nicht nur in der geopolitischen Interessenslage, sondern auch in der Frage, wie nützlich man als Flüchtende_r für hiesige Probleme erscheint.

Der Wirtschaftsverband Economie Suisse war beispielsweise angetan von der Vorstellung Flüchtende aus der Ukraine aufzunehmen, und dies nicht etwa aus humanitären, sondern aus wirtschaftlichen Gründen. So liess man auf Anfrage von 20 Minuten verlauten, dass «Ukrainische Spezialisten den Schweizer Fachkräftemangel lindern» können. Gemeint sind damit Arbeitskräfte für die IT, im Ingenieurwesen und die Pflege, die angesichts ihrer Lage auch möglichst günstig arbeiten sollen. Und vergleichbar argumentiert man auch von sozialdemokratischer Seite. Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) erklärte die Migrationswelle beispielsweise zur «Chance». Denn in Deutschland gebe es «ein großes Wachstumshemmnis, und das ist der Fachkräftemangel», und dieser könne nun durch ukrainische Flüchtende behoben werden könne, so die in der heutigen Sozialdemokratie durchaus verbreitete Auffassung.

Nicht im Heldengesang in den Untergang

Neben den realpolitischen Antworten führte der von Russland losgetretene Krieg auch zu einer Wiederbelebung alter heroischer und patriarchaler Mythen. Heldenhaft erscheinen heute all jene, die zur Waffe greifen, um für ihre Nation und Europa zu sterben. Anders als etwa in Rojava oder anderen militärischen Konflikten mit emanzipatorischer Beteiligung dominiert in dieser Vorstellung das Bild einer Kernfamilie mit Männern, die kämpfen, um ihre Familien, ihr Land oder die westlichen Werte zu verteidigen. Entsprechend verteilt ist auch die Solidarität. Während man jenen, die aufgrund von Alter oder Geschlecht als schutzbedürftig gelesen werden, jede Unterstützung verspricht oder eine Vielzahl junger Männer ohne jegliche militärischer Ausbildung freiwillig in den Krieg ziehen wollen, hat man für andere nur ein müdes Lächeln übrig. All jene, die an der ukrainische Grenze abgefangen werden, weil sie als Männer Kriegsdienst zu leisten haben, sind dann auch keine Rede mehr wert.

Umso mehr gilt es für uns, eine eigene und unabhängige Position zu entwickeln, die sowohl jene unterstützt, die von diesem barbarischen Krieg fliehen als auch jene, die eine eigene Perspektive abseits der vorherrschenden Kriegslogik entwickeln. Das bedeutet auch, dass man sich vor den moralisierenden Positionen befreien muss, die im Namen des Friedens nur den Status quo erhalten wollen, und dies, trotz des drohenden Abgrunds der Menschheit, ohne zynisch zu werden.

KOMMENTAR

Das Feld nicht den Monstern überlassen

(arch) «Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren: Es ist die Zeit der Monster.» – es kann angesichts der vergangenen Jahre und der Vielfältigkeit und Tiefe der kapitalistischen Krise nicht erstaunen, dass dieses Zitat von Antonio Gramsci oft zur Beschreibung der gegenwärtigen Lage bemüht wird. In diesen Seiten widmen wir uns vielfach der (Un-)Ordnung der Herrschenden, wie diese sich weshalb verändert und beschreiben nüchtern die Monster, die diese Übergangsphase hervorbringt, in ihrer ganzen Bestialität. Zu sagen was ist, ist notwendig, um eine konkrete Analyse der konkreten Situation leisten zu können. Doch die Analyse soll zur Tat bewegen und befähigen, eingreifendes Denken eben, weit mehr als nur tote Buchstaben. Gewiss, dieser Umschlag vom Denken zum Handeln ist nicht einfach, weil die Monster tatsächlich Monster sind, weil die sich davon befreiende Perspektive wenig greifbar scheint und weil die Anti-Kriegsbewegung, die sich hier auftut, so stark Instrument der herrschenden Klasse ist, angeführt von Bundesrät_innen darum bemüht, die Reihen national zu schliessen, um die Einreihung in das westliche Lager zu gewährleisten.

Eine Zuschauer_innenrolle angesichts dieser Schwierigkeiten steht der revolutionären Linken aber schlecht. Wir sind parteiisch, bloss nicht für jene zwei Parteien, die uns in diesem Krieg als vermeintlich einzige Optionen präsentiert werden. Wir sind handlungsfähig, bloss nicht auf jenem Niveau, auf dem wir es gegeben der Schärfe der Widersprüche gerne wären. Diese Schwierigkeiten, das Auseinanderklaffen zwischen Sein und Sollen, welches keinen absolut idealen Weg nach vorne weist, sondern lediglich Wege relativer Eignung zur Verfügung stellt, werden wir aber navigieren müssen, wenn wir das Feld nicht den Monstern überlassen wollen. Aus einer internationalistischen Perspektive, die sich nicht nur dem Nationalismus entgegensetzt, sondern vor allem auch anerkennt, dass Ausbeutung und Unterdrückung längst über die Grenzen einzelner Staaten hinweg eng verzahnt sind, ist es klar, dass das hiesige Kapital, das von Krieg und Krise zu profitieren trachtet, eine Angriffssachse ist.

Genoss_innen in der Ukraine und in Russland halten es ähnlich. Ihre strategischen Vorstellungen sind oftmals sehr unterschiedlich und widersprüchlich und sie finden sich entsprechend gar auf beiden Seiten der Front wieder. Wir massen uns nicht an, von hier aus sagen zu können, welche Wege die richtigen seien, aber wir sind uns sicher, dass man sie zu gehen versuchen muss. Und das geht nur, wenn sich die Linke in diese Konflikte hineinbegibt. Die roten Linien dieser Wege liegen dort, wo perspektivisch nicht auf die revolutionäre Machtfrage hingearbeitet wird und aus taktischen Allianzen strategische werden, wo perspektivisch nicht auf eine Konvergenz dieser Wege hingearbeitet wird und ein nationaler Chauvinismus begünstigt wird – aber innerhalb dieser Einheiten liegen viele Schattierungen und Wege nach vorne.

Rote Welle

LoRa 97.5 MHz

Sonntag
18 bis 20 Uhr
Immer am ersten
Sonntag des Monates

Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr

WEF

Die Schweiz als sicheres Hinterland

Es ist kein Zufall, dass das World Economic Forum (WEF) in der Schweiz durchgeführt wird. Der Schweizer Staat bietet sich dem Kapital einmal mehr als Dienstleister an. Da sich das WEF als Drehscheibe der Gesamtinteressen des internationalen Kapitals versteht, sind die «Qualitäten» des ruhigen Hinterlandes gefragt.

(agkkz) Wie jedes Unternehmen produziert und vermarktet das WEF Waren. Hier in Form von Dienstleistungen, welche für das Kapital als Ganzes, aber insbesondere den beteiligten Konzernen und Regierungen einen Gebrauchswert haben. Dieser besteht im Glätten der Widersprüche, welche die kapitalistischen Eliten durch ihre Produktionsweise ständig verursachen. Sie können sich dort als Privatleute begegnen, ohne offizielle Entscheidungen fällen zu müssen. Dies im Unterschied zu allen anderen internationalen Gremien: Bei den Weltwirtschaftsgipfeln treffen sich die Eliten in der Rolle von Regierungen und ihren Stäben, in den Bretton-Woods-Institutionen (IWF, Weltbank, WTO) als Entscheidungsträger, die versagen können, wenn die Treffen platzen (wie seinerzeit – dank der Antiglobalisierungsbewegung – in Seattle). In der EU und anderen regionalen Zusammenschlüssen müssen die Kapitalist_innen supranationale Strukturen aufbauen, in der NATO die militärische Ebene verwalten, etc. Überall dort wird also der Machtkampf direkt ausgetragen, geht es um die Durchsetzung der Sonderinteressen der entsprechenden Kapitalist_innenverbände. Zwischen ihnen herrscht Konkurrenz, Kampf um die ständige Neuauftelung der Welt.

Der private Charakter des WEF gibt ihnen Raum, sich auf ihr gemeinsames Klasseninteresse zu besinnen und zu versuchen, entsprechende Strategien zu entwickeln. Das wäre auch bitter nötig, denn die Verhinderung von grossen Kriegen, die Erhaltung der Lebensfähigkeit auf dem Planeten Erde oder die Bekämpfung der Pandemie sind eigentlich auch in ihrem Interesse. Aber dieses Gesamtinteresse der Bourgeoisie steht im dialektischen Widerspruch zu den oben erwähnten Sonderinteressen der verschiedenen Fraktionen des globalen Kapitals. Und die erweisen sich auch auf der Davoser Weltbühne regelmässig als stärker als die Gesamtinteressen. Das Resultat besteht in einem wenig effizienten Aktivismus, sowie den immer gleichen idealistischen Schwab'schen Aufrufen an die kapitalistischen «Eliten», sich auf ihre gemeinsamen Interessen statt nur auf den Shareholder-Value zu besinnen. Sie sind etwa gleich effektiv wie es Aufrufe an Wölfe wären, Vegetarier zu werden.

Der Schweizer Staat als Dienstleister für das WEF

Die Bedeutung des WEF für den Schweizer Staat wurde im Jahr 2015 effektiv schriftlich in einem Abkommen festgehalten. Darin heisst es einleitend: «in Betracht ziehend, dass es dem Wunsch des WEF entspricht, einen Beitrag zur Rolle der schweizerischen Eidgenossenschaft als Ort des Dialogs zwischen Regierungen sowie zwischen Vertretern von Unternehmen, weiteren Akteuren der Privatwirtschaft und der allgemeinen Zivilgesellschaft zu leisten» etc. Damit wurde dieser Wunsch des WEF nach einer Vermittler Rolle zwischen Unternehmen und Staat, direkt in einem Abkommen bestätigt. Weiter heisst es «Das World Economic Forum arbeitet mit den schweizerischen Behörden zusammen, um jeglichen Nachteil zu vermeiden, der sich aus seiner Tätigkeit für die Sicherheit der Schweiz ergeben könnte.»

Die Funktion der Schweiz als ruhiges Hinterland zum ungestörten Austausch von Kapital und Politik hat eine lange Geschichte. Begünstigt durch die geografische Lage, der Unversehrtheit der Infrastruktur während der Weltkriege und einem strikten Antikommunismus konnte sich das Kapital bzw. der Staat in der Schweiz eine besondere Stellung innerhalb des westlichen Imperialismus erringen, diejenige eines Umschlagplatzes, der im Schatten der Öffentlichkeit bleiben sollte. Für Rhodesien, wie damals Zimbabwe hiess, etwa wurde die Schweiz als neutrales Nichtmitglied der UNO zur wichtigsten Drehscheibe zur Umgehung des UNO Boykotts benützt. Sie war damit für das rassistische Regime überlebenswichtig.

Die verschiedensten politischen und wirtschaftlichen Bereiche profitieren vom ruhigen Hinterland, das der Staat in der Schweiz aufgebaut hat. Als bekanntester Teilbereich etablierte sich der sogenannte Finanzplatz Schweiz als Zufluchtsort für Fluchtgelder gefährdeter Bourgeoisien, für ergaunertes Kapital von Faschist_innen und Militärdiktatoren sowie für Steuerhinterzieher_innen, etc. Von diesem schmutzigen Finanzsumpf profitieren sowohl die internationalen Gauner als auch die Schweizer Banken.



Die Logik der Aufstandsbekämpfung

Gäbe es das WEF nicht, hätten es Polizei und Armee erfunden. Endlich können sich die Repressionsapparate im «Ernstfall» gegen den inneren Feind in Stellung bringen. Angerichtet wird mit dem grossen Löffel. Der WEF Auftrag an die Armee lautet jedes Jahr fast gleich: Unterstützung des Kanton Graubünden mit einem unterstützenden Sicherungseinsatz. Sieht man den riesigen Aufwand, den die Repressionskräfte betreiben, könnte man einmal mehr über die immer grössere werdender Repressionsschwelle diskutieren. Doch die Logik des Staatsschutzes sieht differenzierter aus.

Der Schutz der bürgerlichen Herrschaft passt sich in jeder historischen Situation den ökonomischen und politischen Interessen und der subjektiven Lage der revolutionären Kräfte an. Dementsprechend verschärft oder mildert er sich. Die Wahrnehmung einer stetigen, linearen Verschärfung bis zum heutigen Zustand entspricht nicht der Realität, sondern der jeweiligen subjektiven Betroffenheit von aktueller Repression. Allerdings gibt es globale Entwicklungen, die sich im Ganzen verschärfend auf die Aufstandsbekämpfung auswirken. So der technische Fortschritt, insbesondere die Digitalisierung, welche die ‚Produktivität‘ der Repression genauso erhöht wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen, der aber zugleich auch eine neue Verletzlichkeit des Apparates impliziert. Zusätzlich führte der Konzentrationsprozess des Kapitals zu einer Internationalisierung entlang der Interessen des Imperialismus in der Bekämpfung der inneren Feinde. Der Aufmarsch von Bullen und Armee am WEF ist ein reales Übungsfeld zur Umsetzung eines komplexen Staatsschutzszenarios.

Die reale Gefahr kommt von innen

Armee und Polizei waren immer schon auch auf den inneren Feind, nämlich Kommunist_innen und Anar-

chist_innen, fokussiert. Mit dem WEF haben nun die Gewaltorgane eine einzigartige Gelegenheit, ihre Abwehrszenarien zu erproben. Mit einer realen Gefahr, die von den Jihadisten ausgehen soll, wie behauptet wird, hat die Festung Davos nichts zu tun, zeigen doch alle Erfahrungen, dass diese ganz andere Ziele angreifen. In Davos ging es in der Vergangenheit um Demos und militante Aktionen. In den militärischen Strategiepapieren tönt es dementsprechend wesentlich anders: «Stabilisierungseinsätze gegen radikale, gewalttätige Gruppierungen im eigenen Land», die Armee als letztes Mittel des Rechtsstaates, mit dem Ziel, dass sich der «Terrorismus nicht zu einem Guerillakrieg» entwickeln kann. Dazu gab es beispielsweise 2011 eine neuntägige Belastungsübung namens «Befreit Maggletsch». Darin ging es um eine Festungs-Besetzung durch eine sechzig Mann starke Terrorgruppe, eine absolut abenteuerliche Vorstellung.

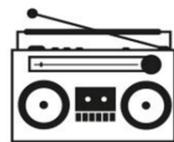
Der WEF Einsatz der Armee ist ein exemplarisches Beispiel dafür, was ihre Verpolizeilichung bedeutet. Ende der 70er anfangs der 80er Jahre vollzog sich in der inneren Einsatzdoktrin in aller Stille eine Veränderung. Die Strategen der inneren Sicherheit zogen aus der Vergangenheit ihre Konsequenzen: Der massive Einsatz von WK Truppen im Inneren löste zu viel politische Widersprüche aus. Dabei scheiterten verschiedenste Versuche des Staates den Polizeiapparat auszubauen und eine sogenannte Bereitschaftspolizei einzuführen. Ein anderes Vorgehen war angesagt: die Salami-taktik. Wenig öffentliche Grundsatzdebatten, kleine Schritte vollendeter Tatsachen, und dazu kam noch das Totschlagargument islamischer Terrorismus.

An den inhaltlichen Schwerpunkten wurde festgehalten: Differenzierte Einsatzkonzepte in Kooperation mit dem zivilen Repressionsapparat; Aufstellung spezieller Truppenkörper und Teilprofessionalisierung.

Die aktuelle so genannte Armee XXI nähert sich in ihrer Doktrin und Organisationsstruktur immer mehr anderen imperialistischer Armeen an. Nicht nur im Kampf gegen innere Feinde bzw. in der Kooperation mit polizeilichen Strukturen, sondern sogar Auslandseinsätze wurden geplant und zum Teil umgesetzt. Beispiele dafür sind die geplante Operation Atalanta gegen die Piraterie vor den Küsten Somalias und eine Geiselnbefreiung in Libyen sowie die Sicherheits-einsätze in Kosovo und Bosnien.

Diese Beispiele veranschaulichen wie das WEF und der Schweizer Staat gegenseitig voneinander profitieren können. Das Aufzeigen dieser Verbindungen trägt zum Verständnis des WEF als Ganzes bei. Denn es lohnt sich immer bei einer Analyse die Rolle des Staates näher zu beleuchten.

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw. übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfilter.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

FRAUENKÄMPFE IN AFGHANISTAN

Sie kämpfen furchtlos und unermüdlich

Der Widerstand der Frauen in Afghanistan ist in den bürgerlichen Medien kaum Thema. Wir möchten hier von RAWA (Revolutionäre Vereinigung der Frauen Afghanistans) und von ihren Einschätzungen zur momentanen politischen und gesellschaftlichen Lage in ihrem Land berichten.

(agf) Unter Lebensgefahr bewegen sich die Frauen, welche Widerstand leisten und dazu aufrufen. Dieser hat verschiedene Formen, wie zum Beispiel die Lehrerin, die zu Hause Mädchen in Mathematik unterrichtet. Denn seit der Machtergreifung der Taliban ist es Mädchen über 12 Jahren nicht mehr erlaubt eine Schule zu besuchen. Oder die Frauen, die Schilder in die Höhe halten und einen kurzen Demonstrationzug auf der Strasse bilden, um dann schnell wieder zu verschwinden.

Im Februar zelebrierte RAWA den 35. Jahrestag des Todes von Meena Keshwar Kamal. Meena war eine revolutionäre politische Aktivistin, Dichterin, Feministin und mit ihren damals 22 Jahren eine der Gründerinnen der Organisation. Mit 31 Jahren wurde sie in Pakistan ermordet. Sie bleibt als selbstlose Frau in Erinnerung, die praxisnahe Arbeit stark in ihre politische Arbeit miteinbezog. Für Meena bedeuteten Revolution und der Gedanke einer klassenlosen Gesellschaft in der Praxis, sich den Menschen, denen die Revolution dienen soll, nahe zu sein. Ihre Gedanken und ihre Haltung leben in RAWAs Arbeit heute weiter. Das Soziale steht ganz vorne auf der revolutionären Agenda. Eine Verbindung und das Vertrauen zu den Menschen aufzubauen, das sei wichtig, so die Frauen, die heute noch im Untergrund in Pakistan bspw. mobile Gesundheitsteams oder Notfallnahrungsmittel, Kleidung und Wasser bereitstellen. RAWA geht seit der Gründung aktiv gegen fundamentalistische und imperialistische Kräfte vor. Obwohl sie unter Lebensgefahr im Untergrund arbeiten und bedroht werden, organisieren und arbeiten sie unermüdlich und kontinuierlich für eine Revolution und für eine säkularisierte Demokratie. Die Kämpferinnen bauen Bildungsprogramme für Frauen und Gesundheitszentren auf, sie haben Waisenhäuser aufgebaut und geben eine Zeitschrift heraus. Bildung, Gesundheitsvorsorge und politische Teilhabe sind für sie wichtige Kampfbereiche. Nur wenn Frauen politische Bildung erhalten, werden sie das Bewusstsein für eine radikale Vision von Gleichberechtigung und kollektiver Freiheit erreichen, so RAWA.

Trotz der Herrschaft der «theokratischen und faschistischen Regimes der Taliban und während der schwierigen Zeit von Armut, Elend und Kälte», hat RAWA die Veranstaltung im Februar organisiert. Und trotz Lebensgefahr kamen zahlreiche Vertreterinnen und Unterstützerinnen der RAWA aus vielen Teilen Afghanistans zusammen.



RAWA Protest am 10. Dezember 2021 gegen das Taliban Regime. Auf den Schildern stehen Parolen wie «Afghanische Frauen stehen auf und werden Sklaverei nicht akzeptieren» oder «Fundamentalismus + Imperialismus = Barbarei!»

Die Moderatorin verkündete:

«Schwestern! Während der zwanzig Jahre, in denen die Vereinigten Staaten unser Heimatland unter dem Deckmantel der Demokratie, der Menschenrechte und der Frauenrechte besetzt hatten, wurde Afghanistan zum stärksten Drehkreuz für Fundamentalisten, Terroristen und das korrupteste und unsicherste Land der Welt. Die Mehrheit der US-Lakaien ... plünderten ... der grossen Mehrheit der Frauen wurde alles vorenthalten, mit Ausnahme der korrupten Ja-Sagerinnen, die an die Spitze gelangten...»

RAWA hat sich jahrelang gegen die Besetzung der Vereinigten Staaten und der NATO ausgesprochen. Die Organisation warnte, dass unter der von den USA unterstützten Regierung Menschenrechte, Demokratie und Säkularismus systematisch unterdrückt werden. So konnte ein Raum für die Verbreitung des religiösen Faschismus entstehen und häusliche und sexuelle Gewalt, Missbrauch von Frauen, Durchsetzung mittelalterlicher Gesetze, Ehrenmorde und Zwang zur Prostitution zur Routine wurden. Es wurden also unter der US-Besetzung

Bedingungen geschaffen, unter denen reaktionärste Gedankengut und Organisationen gedeihen konnten. Die RAWA betrachtet die Heimkehr der Taliban als ein logisches Kontinuum der imperialistischen Regierungsform. Sie betrachtet die Taliban als ein Werkzeug in den Händen der US-Regierung und ihren Verbündeten. Wenn die Talibanregierung den Bedürfnissen der amerikanischen Machthaber nicht entspricht, werden sie den ISIS wieder aufwerten, um ihre imperialistischen Interessen verfolgen und durchsetzen zu können.

Auch zu diesem 8. März verfasste RAWA wie jedes Jahr einen Aufruf, worin sie am unermüdlichen und furchtlosen Kampf festhalten:

«Wir glauben, dass der Kampf gegen den Terrorismus und Fundamentalismus ohne den Kampf gegen den Imperialismus und seine Handlanger unvollständig wäre. ... Afghanische Frauen müssen in diesem grossen Kampf an vorderster Front stehen, weil sie in der Praxis gezeigt haben, dass sie den Willen und das Potenzial für eine so grosse Sache haben.»

MERKE



Drei Einsatzleiter: In der Mitte Markus Hollenstein, rechts Thomas Wagner. Das Sonderkomisariat Stapo kompensiert seine Schwächen mit gewalttätigen Verhaftungen.



Einsatzleiterin und Lageeinschätzerin



Wem wir am 1. Mai begegnen werden...



Peter Leuenberger, Fachbereich Ermittlung. Ott Einsatzleiter Front. Stapo Zürich.



Hagen

Der Filmdienst auf dem Töff ist direkt mit der Einsatzzentrale verbunden. Einerseits gibt er die Standorte der Demo, wie auch Aufnahmen der Beteiligten durch. Am 5.3.22 parkten sie das Motorrad so, dass sie unbemerkt die Leute auf der Abschlusskundgebung, wie beim Weggehen Richtung Kanonengasse und HB filmen konnten.

MASSNAHMEGEGNER_INNEN

«Der Patrioten-Revolutionsoptimismus wich einem Nörgler- und Verlierer Image»

Über fast zwei Jahre hinweg demonstrierten Massnahmegegner_innen mehrmals wöchentlich in der gesamten Schweiz, drohten und schimpften. Wie steht es heute um die Bewegung, wo fast alle Massnahmen gefallen sind? Gespräch mit einem genauen Beobachter.

(agafz) Es scheint still geworden zu sein um die massnahmenkritische Bewegung, es soll auch Spaltungstendenzen geben. Was ist da dran?

Die grossen Vereine wie z.B. die «Freunde der Verfassung», welche stark am Aufbau der Bewegung beteiligt waren und viele Mobilisierungen entscheidend mitgetragen haben, wurden über das letzte Jahr hinweg immer stärker durch interne Zerwürfnisse geschwächt. Dabei ging es um strategisch-politische Ausrichtungen, um taktische Fragestellungen bei konkreten Mobilisierungen, aber auch immer wieder um Macht, Einfluss und um Geld. Auch persönliche Streitereien und Inkompetenzen auf den Führungsebenen führten zu Spaltungen und teilweise zum Verschwinden ganzer Strukturen. Nachdem die etablierten Organisationen an Einfluss verloren haben, konnten sich vor allem rechtsnationale, reaktionäre und zum Teil auch offen faschistische Gruppen in die so entstandene Lücke zwängen. Vor allem um die Freiheitstrychler hat sich ein stark rechtslastiger Schlägertrupp aufgebaut, der immer dominanter wurde. Zusammen mit den Trychlern übernahmen diese immer mehr die Führung der Proteste und mit der Zeit auch der ganzen Bewegung. Auf dem Gipfel dieser Entwicklung führte die offen faschistische Gruppe «Junge Tat» zusammen mit mehreren Dutzenden Nazis und Faschisten eine Massnahmen-Demo in Bern an. Sie profitierten dabei sicher von der Tatsache, dass der Organisationsgrad in der Bewegung nie gross war. Es gab zu keinem Zeitpunkt eine zentrale Struktur, alles war immer sehr dezentral organisiert. Die Heterogenität widerspiegelte sich auch in den unterschiedlichen politischen Positionen, die sich nicht selten fundamental widersprachen. Kompensiert wurde diese schwache Organisationsform durch eine sehr starke und schnelle Vernetzung über soziale Medien, Videoplattformen und Messenger Dienste.

Welche Rolle spielten die Trychler selber?

Die Trychler sind und waren ein zentrales Element der Mobilisierungen. Wer die Trychler kontrollierte, kontrollierte die Bewegung. Das war und ist, trotz interner Streitereien, immer noch der Innerschweizer Andy Benz, der die Markenrechte für die «Freiheitstrychler» innehat und öffentlich als Gründer auftritt. Auch die Formation aus Trychlern und rechten Schlägern wurde in letzter Zeit schwächer. Wohl nicht zuletzt deshalb, weil die Verbindungen zwischen ihnen und organisierten rechten Gruppierungen von Recherche-Gruppen der Antifa aufgedeckt wurden. Das Schlägerumfeld der Trychler wurde ans Licht gezerrt und auch dort zeigten sich dieselben eindeutigen Verbindungen, unter anderem zu Mitgliedern der mittlerweile aufgelösten Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) und anderen bekannten Schweizer Nazi-Grössen. Von diesen Personen mussten sich die Trychler, zumindest in der Öffentlichkeit, lösen, um nicht für alle sichtbar im Treibsand rechtsnationaler Ideologien zu versinken.

Zusammen mit den Trychlern trat auch die «Männer-WG» in Erscheinung. Wer steckt dahinter?

Die Männer-WG ist eine rechtslastige, antifeministische, reaktionäre Männergruppe, die stark in den Trychler-Schlägertrupp eingebunden war und die mit schwarzen Uniformen und Insignien an zahlreichen Demos die Spitze gebildet hat. Diese Gruppe, die sich eine Zeit lang antifaschistisch nannte und gleichzeitig offensichtlich die Demonstrationen vor der Antifa schützen sollte, kam offenbar sehr stark unter Druck, nachdem mehrere Artikel, unter anderem vom Megafon, der Zeitung der Berner Reitschule, über sie und ihre Ideologie veröffentlicht wurden. Der gleichzeitige Verlust ihres Einflusses als Schläger der Freiheitstrychler scheint sie dann völlig ins Abseits gedrängt zu haben. Heute sieht man noch einzelne Personen dieser Gruppe an Demos, als organisierte Struktur scheint sie aber nicht mehr vorhanden zu sein. Ihre Website ist geleert, ihre Sozialen Medien auch, die ehemaligen Mitglieder treten nun ohne ihre Uniform auf.

Nicht vernachlässigbar ist in diesem Kontext die Neonazi Gruppierung Junge Tat. Was haben die Pandemie und die Massnahmen für deren Mobilisierungspotential bedeutet?

Die Junge Tat war vor der Corona-Krise ein vor allem regionales Phänomen, welches stark in der Ostschweiz verwurzelt war. Die Corona-Demos waren für sie der ideale Brutkasten, wo sie ungestört in einem nationalistisch-reaktionären Klima wachsen und bedeutsamer werden konnten. Die Corona-Skeptiker_innen-Bewegung gab ihnen die Möglichkeit, sich gefahrlos in den städtischen Zentren den rechtsoffenen Teilen der Gesellschaft zu präsentieren, sich mit bestehenden reaktionären Gruppen zu vernetzen und neue Mitglieder anzuwerben. Das ist es auch, was diese Aufmärsche so gefährlich machte: Nicht die konkrete Anzahl Nazis die gerade mitlaufen, sondern der Nährboden, den solche Gruppierungen, weit über die Corona-Frage hinaus, schufen. Die Junge Tat konnte in den letzten zwei Jahren wachsen, sich international besser vernetzen und ihren Einfluss in der Schweiz Richtung Westen ausdehnen.



Als die Männer WG noch in Uniform auftrat. Schwarze Jacke mit Lorbeerkranz-Logo



Andi Benz: Er soll schon 1992 gegen den Beitritt der Schweiz zur EWG Gloggen schwingend durch die Strassen gezogen sein.

Wie steht es denn jetzt um die Bewegung? Ein Grossteil der Massnahmen wurde inzwischen aufgehoben.

Es gibt zwei grosse Probleme, welche die Bewegung inhaltlich stark bremsen und das Mobilisierungspotential schwächen. Zum einen sind das die zwei verlorenen Volksabstimmungen. Vor allem nach der zweiten Abstimmung hat die Bewegung nicht mehr zur vorhergehenden Stärke zurückgefunden. Der Patrioten-Revolutionsoptimismus wich immer mehr einem Nörgler- und Verlierer-Image. Der propagierte Volkswille wurde zum Problem und auf die Wahlbetrugs-Verschwörungen, die man in Umlauf bringen wollte, stiegen selbst die meisten Wutbürger nicht ein.

Und das zweite Problem?

Die Massnahmen, die es kaum noch gibt. Mit jeder Massnahme, die wegfällt, wird die Kluft zwischen den eskalierten Verschwörungsideologien der Corona-Skep-

tiker_innen und dem, was die Menschen im Alltag direkt erleben, grösser. Die kapitalistische Krise dehnt sich immer weiter in die kleinbürgerlichen Zwischenschichten aus und das Corona-Virus war abstrakt genug, um all die so entstandenen, lang aufgestauten, mannigfaltigen Frustrationen des Kleinbürgertums zumindest eine Zeitlang unter einen Hut zu bringen.

Die Bewegung braucht also neue Themenfelder? Welche könnten das sein?

Sind die Themen zu speziell, lassen sich die vielen Elemente nicht vereinen. Sind sie zu allgemein, sind sie zu weit von den egozentrischen, kleinbürgerlichen Lebenswelten entfernt, um zu interessieren. Die Corona-Krise war die ideale Symbiose aus abstrakter Bedrohung und persönlicher Betroffenheit. Teile der Bewegung scheinen begriffen zu haben, dass es nicht möglich ist in nützlicher Frist etwas thematisch Gleichwertiges auf dem Hut zu zaubern. Sie versuchen daher, bereits bestehende, gesellschaftlich breite Kampagnen aus dem linken Spektrum zu kapern, um sie dann mit verschwörungsideologischen, rechten Inhalten zu füllen. So versucht beispielsweise «Mass-Voll», sowohl zum 1.Mai wie auch zum WEF rechte Mobilisierungen auf die Beine zu stellen.

Gibt es erste Einschätzungen zu ihrer Positionierung im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine?

Der ausgebrochene Krieg in Europa führt zu zusätzlichen Problemen. Einerseits wirkt das völlig egozentrische, übersteigerte Selbstmitleid wegen einer Maske im Postauto zunehmend unsympathisch, in Anbetracht der Einschränkungen, die anderen Leute gerade erleben. Des Weiteren führt der Krieg zu einer zusätzlichen Spaltung in der Bewegung. Die klassisch völkischen Elemente scheinen einen starken Pro-Russland-Kurs zu fahren. Der Grund dafür ist wohl die Tatsache, dass sich diese völkische Position in der Bewegung immer stärker mit der Idee verbunden hat, zu einer erwachten Elite zu gehören, die heroisch gegen den Mainstream ankämpfen muss. Jetzt plötzlich mit den Schlagschafen und den Massenmedien einer Mehrheitsposition zu folgen, scheint psychologisch völlig unmöglich zu sein. Andererseits gibt es die etablierten klar ideologisch nationalsozialistischen und faschistischen Elemente, welche versuchen, sich über die Bewegung zu reproduzieren. Sie können sich auf keinen Fall mit dem Gedanken anfreunden, dass ein «versklavtes Deutschland» oder die von «Berser unterworfenen Schweiz» von russischen Truppen befreit werden. Sie identifizieren sich stark mit der Vorstellung nationalistischer, ukrainischer militärischer Einheiten, die heldenhaft die weisse Rasse vor einfallenden Tartaren schützen. Organisierte Faschisten werden so plötzlich von völkischen Positionen abgeschnitten, die für sie in der Bewegung, aber auch historisch betrachtet, immer ein wichtiges Aufbau- und Rekrutierungsfeld waren. Da beiden eine antiimperialistische Analyse völlig fehlt, können sie dieses Problem nicht lösen.

.....

Shengal – die Kraft der Frauen

Im aufbau 106 besprachen wir das Theaterstück «Shengal – die Kraft der Frauen». Die Produktion der Volksbühne Basel wird Ende April und Anfangs Mai in der Roten Fabrik in Zürich zu sehen sein. Daten: 30. 4. sowie 3., 4, & 5.5.

Infos zum Stück: www.volksbuehne-basel.ch

.....

GESUNDHEIT

Das Klassenvirus

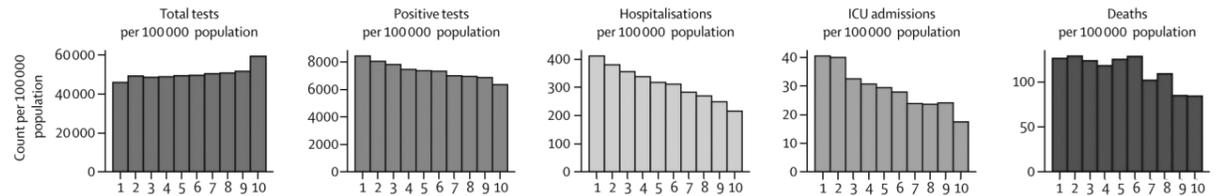
Immerhin wären vor dem Virus für einmal alle Menschen gleich, wurde in den letzten zwei Jahren oft behauptet. Doch war dem wirklich so? Eine statistische Kapitalismuskritik.

(gpw) Der Epidemiologe Matthias Egger und sein Forschungsteam an der Universität Bern gingen der Frage nach, ob vor dem Virus Gleichheit herrsche. Dazu wurden die medizinischen Daten über positive Testresultate, Hospitalisationen und Todesfälle mit der sozioökonomischen Stellung der betroffenen Personen verglichen. Als Grundlage für diese rudimentäre Klassenanalyse wurde jede Stadt und jedes Quartier der Schweiz in Nachbarschaften von 50 Haushalten aufgeteilt. Diese Einheiten wurden nun verknüpft mit den Angaben zu Mietkosten, Beruf, Bildungsstand und Wohnfläche pro Kopf, basierend auf der Bevölkerungszählung vom Jahr 2000. Somit konnten die Nachbarschaften in eine Kategorie von eins bis zehn eingeteilt werden. Je höher die Einteilung, desto bessergestellt die Wohngegend. Die Untersuchung zeigt klar: Während sich die Reichsten öfters testeten, wurden die Armen häufiger angesteckt und erkrankten gleichzeitig auch häufiger schwer. Die Analyse ergab, dass aus der Gruppe der am schlechtesten gestellten Nachbarschaften rund 40 von 100'000 Personen auf einer Intensivstation behandelt werden mussten. Gleichzeitig landeten nur halb so viele Menschen aus der Gruppe der am besten gestellten Nachbarschaften auf der Intensivstation. Das Risiko an Covid-19 zu sterben war für eine Person der reichsten Klasse 40% tiefer im Vergleich zu einer Person aus der ärmsten Klasse.

Die Anzahl Todesfälle durch Corona lassen sich auch aufteilen in Personen mit und ohne Schweizerpass. Besonders in der Alterskategorie der 65 bis 74 Jährigen waren die Unterschiede frappant. Bei den Menschen mit Schweizerpass kam es im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr zu einem Anstieg der Todesfälle von 2.2%. Für Menschen ohne Schweizerpass war dieser Anstieg mit 20.9% fast zehnmal grösser.

Gesundheit kostet

Für diese eindrückliche Unterschiede gibt es verschiedene Gründe. Es beginnt mit dem Risiko, sich überhaupt anzustecken. Wer im Gesundheitswesen oder im Detailhandel arbeitet, konnte nicht einfach ins Homeoffice wechseln und wurde nachweislich häufiger angesteckt. Auch waren es die unteren Schichten, die weiterhin auf den ÖV angewiesen waren und sich kein eigenes Auto für einen sicheren Arbeitsweg leisten konnten. Die Gefahr lauerte auch in den eigenen vier Wänden. Steckt sich ein Familienmitglied an, ist es in einer engen Stadtwohnung fast unmöglich, sich vollständig zu isolieren. Da hat es



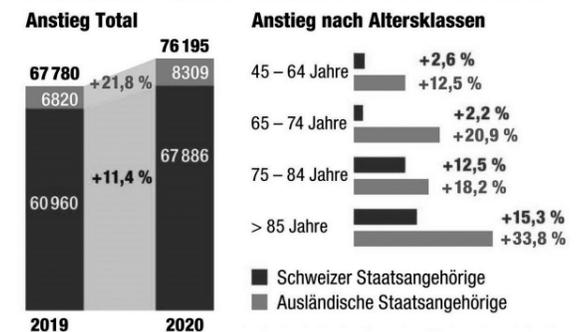
Aufteilung der Anzahl PCR-Tests, positiver Testresultate, Hospitalisationen, Behandlungen auf der Intensivstation (ICU = Intensiv care unit) und Todesfälle anhand der sozioökonomischen Stellung der Patient_innen. Die Balken Nr. 1 sind die 10% Menschen, welche am schlechtesten dastehen, die Balken Nr. 10 repräsentiert die 10% Menschen, welche in der Schweiz am besten gestellt sind.

leichter, wer sich für die Isolationsdauer in die Bündner Ferienwohnung zurückziehen kann. Wenn es zu einer Ansteckung kam, spielte der Faktor der Gesundheitsversorgung die nächste Rolle. Aus Angst die Arbeit aufgrund einer Infektion zu verlieren, liessen sich viele erst gar nicht testen und erkannten so womöglich zu spät, dass sie medizinische Hilfe benötigten. Zudem nehmen viele Menschen mit einem geringen Einkommen erst medizinische Versorgung in Anspruch wenn es gar nicht mehr anders geht, um Kosten zu sparen. Gerade bei Covid konnte gezeigt werden, dass die Prognosen umso schlechter sind, je später mit der Behandlung begonnen wurde. Als letzter Faktor, insbesondere für das Risiko eines schweren Verlaufs oder Todesfolge, ist der allgemeine Gesundheitszustand und vorhandene Vorerkrankungen zu nennen. Auch dieser ist, wie eine Überraschung, stark abhängig vom Einkommen und Vermögen. Gesunde Ernährung, sportliche Betätigung und regelmässige Arztbesuche sind allesamt nur mit einem genug dicken Portemonnaie möglich. Dieser Faktor ist wahrscheinlich der ausschlaggebendste und gleichzeitig aber auch ein sehr umfassender, welcher zahlreiche verschiedene Einflüsse beinhaltet. Viele Proletarier_innen arbeiten unter gesundheitsschädlichen Bedingungen, haben eine Doppelbelastung mit Beruf und Familie und sind starkem Stress durch Existenzängste ausgesetzt. Bei Menschen ohne Schweizerpass summieren sich viele dieser Faktoren. Diese müssen sich nicht nur davor fürchten ihren Job infolge einer Ansteckung zu verlieren, sondern auch die damit verbundene Aufenthaltsbewilligung. Zudem kommt bei vielen noch eine sprachliche Barriere hinzu, welche den Zugang zu Informationen über Schutzmassnahmen und Impfungen erschwert. Die Generation, welche heute zwischen 65 und 74 ist und den höchsten Anstieg der Todesfälle aufzeigt, ist auch die Generation, welche als Arbeitsmigrant_innen in die Schweiz kam und ein Leben lang unter harten, gesundheitsschädlichen Bedingungen geackert hat.

Inverse care law

Der Zusammenhang zwischen Erkrankungen und der gesellschaftlichen Stellung ist nichts neues. Der britische

Todesfälle in der Schweiz 2019 zu 2020



Aufteilung der Todesfälle im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr, anhand des Faktors ob die verstorbene Personen einen Schweizerpass besaßen oder nicht.

Hausarzt und Kommunist Julian Tudor-Hart beschrieb 1971 das sogenannte «Inverse care law» (Umgekehrtes Gesundheitsversorgungsgesetz). Mit diesem Gesetz beschreibt er den Zustand der kapitalistischen Gesundheitsversorgung bei welchem die Reichen, denen es gesundheitlich sowieso schon besser geht, viel medizinische Hilfe erhalten, währenddessen die Proletarier_innen, welche durchschnittlich mehr medizinische Probleme haben, weniger bekommen. Er vergleicht die Verteilung der Gesundheitsversorgung in unserer Gesellschaft mit der Verteilung von Champagner: Wer viel hat, bekommt noch mehr, wer wenig hat, bekommt auch nicht viel. Weiter erläuterte er, dass diese Regel stärker zutrifft, je mehr das Gesundheitswesen dem freien Markt ausgesetzt ist. Die Ungleichheit in der Gesundheitsversorgung sah er als schlimmste Ungleichheit überhaupt an, da es nichts schlimmeres gibt als zu wissen, dass jemand früher sterben wird, nur weil er oder sie arm ist. Es handelt sich auch um eine besonders perfide Ungleichheit, da sie für die einzelne Person nicht richtig wahrnehmbar ist. So gibt es auch mal Ärmere die überdurchschnittlich alt werden, oder Reiche die besonders früh sterben. Erst mit Hilfe der Statistik erkennen wir, dass es kein Zufall ist, wer wann im Kapitalismus stirbt.

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

Angriff gegen die Putzkräftermittlungsplattform Batmaid

Frauen wir sind Klasse!

Heute (03.03. 2022) haben wir das Schloss des Batmaid Büro Zürich an der Nüscherstrasse 1 mit Leim verklebt. Die Arbeitsbedingungen in der Reinigungsbranche sind seit eh und je prekär. Putzkräfte, wovon ein Grossteil Frauen sind, arbeiten täglich körperlich hart für einen Niedrigstlohn. Neben der zusätzlichen Ausbeutung durch viel Schwarzarbeit in dieser Branche, wurden seit einigen Jahren die Arbeitsbedingungen durch die Digitalisierung, welche sich die herrschende Klasse zu Nutze macht, verschlimmert. Sinnbildlich hierfür steht Batmaid, die Putzkraftvermittlung der Vanguard SA. Die Firma hat als erste Firma in der Reinigungsbranche bereits seit 2014 das Plattformvermittlungssystem von Uber übernommen. So vermittelt die Vanguard SA mit ihrer Plattform Batmaid Putzkräfte an Kund_innen. Wie bei Uber behauptet die Vanguard SA einzig als Vermittlerin zu fungieren, weswegen kein Arbeitsverhältnis zwischen den Putzkräften und der Vanguard SA bestehe. Da sie sich nur als Arbeitsvermittlerin sieht, kann sie sich so den Verantwortungen entziehen, welche Firmen gegenüber ihren Angestellten zu tragen haben. Das konkrete Arbeitsverhältnis besteht dann zwischen der Putzkraft und den verschiedenen Auftraggeber_innen. Somit haben Putzkräfte von Batmaid meist um die 15 verschiedenen Chef_innen, wobei es auch auf Grund der vielen Wechsel unmöglich ist, eine persön-

liche Bindung zu den Kunden aufzubauen. Batmaid selbst koordiniert die Einsätze, die Putzkräfte selbst können keinen Einfluss auf die Einteilung nehmen und selbst Wünsche von Kund_innen die gleiche Putzkraft zu haben, werden nicht berücksichtigt. Die Arbeitseinsätze fluktuieren deswegen auch häufig, wobei die Arbeitseinsätze jeweils erst 2 Tage im Voraus kommuniziert werden und auch dann noch des öfters kurzfristige Wechsel oder Ausfälle entstehen. Auch die Anfahrtszeit an die verschiedenen Arbeitsorte, welche oft weit auseinander liegen, geht zu Lasten der Putzkräfte und wird von Batmaid nicht entlohnt. Der bereits unterirdische Stundenlohn von CHF 20.90 ist demzufolge praktisch noch tiefer, da ein Grossteil der Zeit auf Anreise bzw. Ortswechsel verloren geht, welche nicht entlohnt ist. Auch von Kund_innen bzw. Auftraggeber_innen angebotene Lohnerhöhungen werden von Batmaid abgewiesen. Gleichzeitig rühmt sich die Batmaid damit, den Putzkräften Sozialbeiträge zu bezahlen. Dies ist einzig eine Farce! Der Lohn der Putzkräfte wird nämlich bewusst so tief gehalten, dass sie keinen Anspruch auf eine 2. Säule haben. Gleichzeitig steckt sich die Vanguard SA ¼ des Lohnes ein, da der Auftraggeber_innen für die Putzkraft CHF 32/h bezahlt.

Frauenkampf heisst Klassenkampf

Corona verschärfte die bereits unhaltbaren Zustände noch mehr. Dadurch dass viele Menschen öfters zu Hause waren, wurde generell vielen Putzkräften gekündigt. Viele - primär weibliche - Putzkräfte waren daher neu auf den Vermittlungsdienst von Batmaid

angewiesen, wobei die Nachfrage nach einer Putzkraft auch dort massiv gesunken ist. Dadurch dass Batmaid sich nicht als «Arbeitgeber» konstituiert, hatte die Vanguard SA auch keine Verantwortung zu tragen bzw. den Puzfrauen keine Arbeit und/oder Lohn zu garantieren. Durch solche Vermittlungsplattformen, wie Uber, Stash, eat.ch oder eben Batmaid hat die herrschende Klasse eine neue Form gefunden die Proletarier_innen auszubeuten und ihre bereits schon hohe Profitrate zu erhöhen. So wurde die Vermittlungsplattform Batmaid zwar im Jahr 2021 verpflichtet sich als «Arbeitgeber» zu konstituieren, womit die Putzfrauen und Batmaid dem GAV-Reinigung unterstellt wurden, doch auch dies verbesserte die Arbeitsbedingungen nicht wirklich. Hinzu kommt, dass die Vanguard SA sogleich eine neue Vermittlungsplattform erstellte. Durch die neue Putzkraftvermittlung Batwork führt die Vanguard SA ihre altes Modell von Badmaid weiter. Zwar garantieren sie neu einen Mindestlohn, eine angemessene Entlohnung stellt dieser jedoch in keinsten Weise dar.

Der Angriff auf Batmaid erfolgt auch Sinnbildlich im Kampf gegen die Ausbeutung proletarischer - oft auch migrantischer - Frauen. Die Befreiung der Gesellschaft von Ausbeutung und Unterdrückung ist im Kapitalismus nicht möglich. Deswegen heisst es am 8. März wie auch an allen anderen Tagen im Jahr für eine revolutionäre Perspektive zu kämpfen.

FRAUEN DIE KÄMPFEN SIND FRAUEN DIE LEBEN

TAGESSCHULE 2025

Disziplin und Ordnung statt Pädagogik und Entfaltung

Der Zürcher Stadtrat will mit «Tagesschule 2025» flächendeckend die Tagesschule einführen. Das wird auf Kosten des Betreuungspersonals und der Qualität gehen, wenn sich kein Widerstand formiert.

(az) Die Idee hört sich gut an und entspricht einer alten Forderung progressiver Lehrkräfte. Mit (Ganz-)Tagesschulen könnte die Bildungslandschaft gerechter werden, weil damit die ausserschulische Betreuung – heute Horte – ausgebaut würde und entsprechend alle Kinder obligatorisch eine durchgängige pädagogische Aufsicht mit Betreuung, Mittagstisch und Aufgabenhilfe über den ganzen Tag hinweg geniessen könnten. Das wäre vor allem für proletarische Familien eine Unterstützung. Nicht nur könnten proletarischer Eltern besser tagsüber einer Lohnarbeit nachgehen, sondern die Kinder könnten auch von einem schulischen Betreuungs- und Bildungsangebot profitieren. So wird die Tagesschule auch als neue pädagogische Chance beworben, bei der Schule von einem Lern- zu einem ganzheitlich betreuten Lebensraum wird, weil Betreuung und Bildung stärker ineinandergreifen würden und also das Betreuungs- und das Lehrpersonal enger miteinander kooperieren würden. Gut strukturierte Tagesschulen, die mit genügend Ressourcen ausgestattet sind, bedeuten Ausbau der kollektiven Care-Arbeit. Im konkreten Fall leider jedoch bleibt das reine Theorie.

Mit progressiven Versprechungen hat denn auch der Zürcher Stadtrat das Projekt «Tagesschule 2025» beworben. Nur, die Idee der Tagesschule nimmt im Projekt «Tagesschule 2025» ganz andere Züge an. Spricht man nämlich mit Sozialpädagog_innen oder Fachpersonen Betreuung aus einer der 24 Pilot-Tagesschulen, dann scheint vom Schein einer Aufwertung der ausserschulischen Betreuung wenig übrig zu bleiben. Und weitet man den Blick auf die Horte – also die zukünftigen Tagesschulen –, dann trifft man momentan auf Wut, Resignation, Burnout und Kündigungen. Das Projekt «Tagesschule 2025» offenbart sich in der Realität als Angriff auf die Arbeitsbedingungen der Betreuenden und als Dequalifizierung der Betreuungsarbeit. Und dagegen beginnen sich neben der Gewerkschaft VPOD nun auch Basisorganisationen wie das Forum für kritische Soziale Arbeit (KRISO), die kritischen Lehrpersonen (KriLP) und die Trotzphase zu wehren.

Avenir Suisse dankt

Tatsächlich verflüchtigen sich die pädagogischen Ansprüche mit einem Blick auf die ausformulierten Ziele des Projekts «Tagesschule 2025» und es treten vielmehr handfeste ökonomische Interessen hervor. So verfolgt das Projekt offiziell drei Ziele: Verbesserung der Bildungschancen, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und – siehe da – optimierten Wirtschaftlichkeit von Unterricht und Betreuung. Und wie es so ist, bemüht sich der Stadtrat um die strenge und konsequente Umsetzung der letzten zwei Ziele, während das Erreichen von Chancengleichheit sowieso nicht wirklich überprüft werden kann. In der tatsächlichen Umsetzung nimmt das Projekt «Tagesschule 2025» damit – oh Wunder – genau die Form an, die der ultra-neoliberale Think Tank Avenir Suisse schon 2005 unter dem Titel «Einmaleins der Tagesschule» in einem direkt an Gemeinde- und Schulbehörden gerichteten «Leitfaden» für die Durchsetzung der Tagesschule nahegelegt hat: Eine Tagesschule, die weibliche Arbeitskräfte für die Volkswirtschaft freisetzt und zukünftig dem Fachkräftemangel für das Kapital entgegenwirken soll. Und natürlich müssen diese erhöhten Investitionen in das Humankapital trotzdem möglichst effizient und sparsam eingesetzt werden.

Industrielle Kantinenabfertigung

Die ökonomische Borniertheit neoliberaler Strategien offenbart sich im Konzept des «Projekt Tagesschule 2025» vor allem darin, was alles offenbar nicht der Rede wert ist. Überall dort wo pädagogische und fachliche Bedingungen, Garantien oder Standards gesetzt werden müssten, bleibt es in den Umsetzungsplänen schwammig oder es geht gar ganz unter. Das beginnt damit, dass kein übergreifendes fachliches Konzept dazu besteht, wie denn Betreuung und Bildung ineinanderwirken sollen. Dies, obwohl gerade diese Kooperation und das Begegnen der verschiedenen fachlichen Haltungen der Betreuung und der Bildung auf Augenhöhe das pädagogische Kernstück der Idee der Tagesschule wäre.

Dass es dem Stadtrat nicht um eine Aufwertung der Betreuung geht, hat sich dann in den letzten Jahren deutlich gezeigt. Um das Projekt umzusetzen, wurden seit



Betreuungsalarm: Kampagne & Proteste in Zürich.

2016 24 Schulen für einen Pilot in Tagesschulen umgewandelt, allerdings ohne jegliche Mitsprache der betreuenden Fachpersonen, wie sie die Gewerkschaft VPOD schon lange verlangt. Es zeigt sich nun, dass die Arbeitsbedingungen und die Betreuungsqualität in den bisherigen Tagesschulen teilweise alarmierend sind. Allem voran müssen plötzlich alle Kinder über Mittag «betreut» werden. Und weil das nur schon technisch und räumlich nicht möglich ist, essen die Kinder klassenweise gestaffelt. So verkommt der Mittag zu einer industriellen Kantinenabfertigung. Von einer individuellen bedürfnisorientierten Betreuung oder von ruhigen Rückzugsorten für die Kinder, wie das momentan in manchen Horten noch möglich ist, ist damit nur zu träumen. Und für die Betreuenden bedeutet das eine enorme punktuelle Belastung über Mittag. Das wiederum lösen die Schulen nun damit, dass sie für diese Mittagsspitzenzeiten Assistenzen mit geringerer fachlichen Ausbildung täglich für ein paar Stunden anstellen. So schleichen völlig verzettelte kleine und schlecht bezahlte Arbeitspensen mit enormer Arbeitsintensität in den Betreuungsberuf ein. Das führt wiederum schon jetzt zu einer Veränderung des Qualifikationsmixes beim Betreuungspersonal. Wenn man sich also fragt, wie bei einem generellen Betreuungsausbau effizient gewirtschaftet werden kann, dann ist die Antwort naheliegend: Nur Qualitätseinbussen und Druck auf die Arbeitsbedingungen können eine kostengünstige Betreuung garantieren. Selbst die von der Stadt in Auftrag gegebene Evaluation der Pilot-Projekte bestätigt diese Gefahren. Und dies, obwohl diese Pilot-Projekte mehr Ressourcen erhalten haben, als für die wirklichen zukünftigen Tagesschulen eingeplant ist. Trotzdem wird die Kritik der Betreuenden von den verantwortlichen Verwaltungseinheiten kaltschnäuzig abgetan, vertröstet und vom Stadtrat gänzlich ignoriert. Das Anrennen gegen Wände führt deshalb – ähnlich wie in der Pflege – dazu, dass Betreuende den Beruf verlassen.

Autoritäre Durchsetzung nach dem Bilderbuch

Die Instrumentalisierung der progressiven Idee einer Tagesschule für dieses neoliberale Sparprojekt erweist dem Stadtrat natürlich seine Dienste. So hat das Projekt schon früh die Unterstützung aller parlamentarischen Parteien (ausser der SVP) genossen und auch die Gewerkschaft VPOD konnte sich trotz Kritik von der Basis nicht dazu durchringen, das Projekt in Abstimmungen abzulehnen. Der Widerstand ist aber auch durch das Vorpreschen des Stadtrates erschwert, der offensiv auch diese "Reform" so durchdrückt, wie wir sie auch an anderen Orten sehen, wenn die Chefetage Arbeitsbedingungen angreift.

So hat der zuständige Stadtrat Filippo Leutenegger das Personal in den Schulen stets überrollt und behält so die Initiative in den Händen. Im April 2021 hat er zum Beispiel alle überrascht mit dem definitiven Plan der Einführung des Projekts «Tagesschule 2025» und den VPOD damit vor vollendete Tatsachen gestellt. Die schon länger vorgelegte Forderung des VPOD nach Mitbestimmung durch die Angestellten hatte er schlichtweg ignoriert. Und auch jetzt im März gab Leutenegger nochmals einen drauf, indem er die eigentlich auf Herbst geplante Ab-

stimmung über die definitive Einführung der Tagesschule 2025 just auf den Juli vorverschoben hat. Damit hat er alle vor den Kopf gestossen, die seit Monaten und Jahren auf Probleme hingewiesen haben, und erhöht so ständig den Zeitdruck. Das erschwert es den betroffenen Angestellten sich überhaupt zu organisieren und eine Position zu entwickeln.

Betreuungsalarm hat alarmiert

Hinzu kommt, dass Adressat_innen von Kritik in den Schulen jeweils die Verantwortung abdelegieren, dass ständig beschwichtigt wird und dass versprochen wird, die Kritik würde in späteren Umsetzungsphasen ernstgenommen. So können Forderungen von unten in Verwaltungsmühlen verschleppt und hin- und hergeschoben werden, während die oberen Etagen gleichzeitig die Durchsetzung ihrer Kerninteressen organisieren können. Während also konkrete Konzepte, Zusagen und Garantien für die Qualität der Betreuung ausbleiben, setzt der Stadtrat gleichzeitig klare Pflöcke bezüglich der Quantität der zu betreuenden Schüler_innen. Und nicht nur das. Ende letzten Jahres haben Leutenegger und die Schulbehörden sich sogar erdreistet, in den Horten eine Kürzung der Personalausgaben um 3.4 % anzukündigen. Es war dieser Angriff auf die ohnehin schon durch die Pandemie-Monate überlasteten Betreuenden, der das Fass zum Überlaufen gebracht und aber auch zum ersten effektiven Widerstand gegen die drohende Dequalifizierung der ausserschulischen Betreuung geführt hat. Der VPOD lancierte mit dem «Betreuungsalarm» eine Protestkampagne, der sich in vielen Schulen Betreuende und Lehrpersonen mit dem Aufhängen von Transparenten angeschlossen haben. Und in nur einem Monat konnten fast 4000 Unterschriften beim Schul- und Hortpersonal und bei den Eltern gesammelt werden und mit einer Protestkundgebung dem Gemeinderat übergeben werden. Die Kürzung bleibt zwar bestehen und natürlich setzen Petitionen keinen genügenden Druck auf den Stadtrat auf. Wichtiger ist aber, dass mit diesem Schritt in die Öffentlichkeit das Potential besteht, dass der Widerstand sich nicht mehr in den Betriebs- und Verwaltungsabläufen verläuft und dort kaltgestellt wird. Mit dem Einbezug von Eltern und mit der sichtbaren Entschlossenheit, diese Sparkröten nicht mehr zu schlucken, können die Betreuenden und kritischen Lehrpersonen die Verteidigung ihrer Arbeitsbedingungen und der Betreuungsqualität auf ein politisches Terrain heben, das die politischen Verantwortlichen nicht mehr einfach so ignorieren können. So wurden mindestens die «linken» Parteien im Gemeinderat alarmiert und haben deshalb gefordert, dass die Betreuungsqualität im Einführungskonzept des Projekts «Tagesschule 2025» berücksichtigt sein müsse. Diese kleinen Zugeständnisse haben vorerst so wenig Wert, wie die bisherigen schönklingenden Worte. Sie zeigen aber, dass die offensive Organisation in den Schulen und mit den Eltern der richtige und einzig effektive Weg ist, die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Betreuung zu schützen.

DIGITAL

Palantir – unbekannt aber omnipräsent

Mit vielen Daten und KI kann heutzutage alles analysiert und überwacht werden. Palantir nutzt seine Technologie zur Aufstandsbekämpfung oder Überwachung von militärischen Zielen, aber auch zur Optimierung von Bankgeschäften oder Zeitungsartikeln durch predictive analytics. Welche Daten analysiert werden spielt dabei keine Rolle, solange Kapital geschlagen und Profit maximiert werden kann.

(agj) In den vergangenen Monaten tauchte in den bürgerlichen Zeitungen immer wieder einmal der Name «Palantir» in Zusammenhang mit der Schweiz auf: Das Unternehmen eröffnete im Februar 2021 in Altendorf (SZ) einen Standort, der perspektivisch zum Europa-Hub der Firma werden soll, ihr CEO – Alexander Karp – zieht noch im Winter desselben Jahres gleich in die Nähe nach Hurden (eine kleine Insel im Zürichsee, Ortsteil der steuergünstigen Gemeinde Freienbach SZ – vom Blick liebevoll umschrieben als «früher ein kleines Kaff – heute mit noblen Häusern überbaut»). Lesern_innen der NZZ lächeln praktisch wöchentlich ganzseitige Inserate Palantir's entgegen, die mittlerweile locker einige hunderttausend Franken gekostet haben dürften. Immer wieder ist die Berichterstattung von einigem Tamtam über diese gewaltige, mysteriöse Datenkrake begleitet, stets aber auch mit dem Zusatz, dass wir – Schweizerinnen und Schweizer, bemüht und besorgt um den Standort Schweiz – uns dennoch ganz gewaltig darüber freuen sollten, dass dieses Unternehmen uns mit seiner Gegenwart beehrt. Nun dann, schauen wir uns das Ding an.

Financier CIA

Palantir wurde 2004 im Silicon Valley in den Vereinigten Staaten gegründet. Schon früh lässt sich erahnen, was die potentielle Kundschaft sein soll, beziehungsweise in welchem Feld die Firma fassen will. Denn im Rahmen der ersten Finanzierungsrunden des Unternehmens steht der internationale Aufstandsbekämpfungsdienst der USA, die CIA, bereit, um über ihren Topf an Risikokapital, den die Firma In-Q-Tel verwaltet, zwei Millionen Dollar zur Entwicklung dieses Startups beizutragen. Solche finanzielle Starthilfen sind entscheidend dafür, ob ein Startup der Digitalisierung zu Grösserem berufen ist oder eben frühzeitig scheitert. Darüber hinaus wird in dieser frühen Phase Palantirs auch sonst eng mit der CIA zusammengearbeitet, damit die entwickelten Produkte den Bedürfnissen solcher und ähnlicher Kundschaft entsprechen mögen. Die Unterstützung geht somit über finanzielle Aspekte hinaus.

Aus dieser Zusammenarbeit resultiert das wohl bekannteste Produkt der Firma, nämlich «Palantir Gotham». Die Kreativität dieser Crew in Sachen Namensgebung setzt sich hier munter fort: Dient bei «Palantir» Herr der Ringe als Namensgeber – Palantir sind darin Kristallkugeln-ähnliche Steine, mittels derer man in die Ferne blicken kann –, wird nun Batman bemüht, der in Law & Order-Manier gemeinsam mit der Polizei in Gotham City für Ruhe sorgt. Entsprechend richtet sich Gotham an die Repressionsapparate dieser Welt, nebst der CIA nutzt auch das FBI oder Europol diese Software. Verhältnismässig offen und transparent beschreibt Palantir auf ihrer eigenen Homepage wie in ihrem Youtube-Kanal, wie und vor allem wozu das alles funktioniert. Umso frappierender, wie die bürgerlichen Medien beim Spiel der Schaffung eines künstlichen Mysteriums rund um diese Firma mitwirken – als wäre deren Zweck nicht offensichtlich.

Ein Beispiel, das Palantir zur Veranschaulichung ihrer Software nutzt, ist die Überwachung der Volksrepublik China. Das ist selbstredend sehr sinnvoll, wenn man sich im Kampf um den Indopazifik auf Seiten der USA wiederfindet und die Durchsetzung US-imperialistischer Interessen gegen einen unangenehmen Gegenspieler sicherstellen will. Eine konkrete Sache, die diese Software leisten kann, ist es, aufgrund Satellitenbilder verschiedenster Quellen Militärstützpunkte sowie Bewegungen von Flug-, Fahrzeugen und Schiffen der chinesischen Armee zu beobachten. Damit ermöglichen sie eine Art Liveüberwachung des Militärs dieses strategischen Feinds, welche frühzeitig anzeigen könnte, wenn es einer Erhöhung der militärischen Aktivitäten über das Übliche hinaus gäbe. Wie dies wirken kann, liess sich beim Aufbau des russischen Militärs an der Grenze mit der Ukraine beobachten, welcher ebenfalls via Satellitenbilder dokumentiert wurde, und verschiedene Achsen des Angriffskriegs vor seinem Beginn identifizieren liess.

Gemäss Darstellung von Palantir verknüpft die Software nicht nur rein deskriptiv die Satellitenbilder, sondern ist darüber hinaus in der Lage, diese Beschreibung mit verschiedenen Szenarien zu verknüpfen. Die Software generiert mögliche Szenarien, die aufgrund ihrer Analy-



Was sieht Peter Thiel?

se künftig eintreffen könnten und formuliert so gleich Handlungsoptionen für die Nutzer_innen Gothams wie sie militärisch reagieren könnten. Diese Übergänge von einer Beschreibung der Lage hin zu operativen Vorschlägen ist nur dadurch möglich, dass das Unternehmen engstens verwoben ist mit dem US-Militär und folglich auch mit dem gesamten NATO-Komplex. Je zentraler Palantir für das US-Militär ist, desto abhängiger ist umgekehrt das Militär von Palantir, desto mehr wird dahingehend investiert werden, diesem Unternehmen eine internationale Vorreiterrolle in diesem Feld zu ermöglichen, denn im globalen Kampf der Grossmächte gilt es jeden relativen Vorteil des US-Imperialismus gnadenlos zu verteidigen und auszunutzen, was wiederum ein (Quasi-)Monopol des Unternehmens in diesem Bereich begünstigt.



Marc Walder (CEO Ringier), Alain Berset (Bundesrat), Alex Karp (CEO Palantir) bei einer Veranstaltung von Digital Switzerland im Rahmen des WEF.

Verquickung von Politik und Kapital

Beworben wird in den grossen Inseraten Palantirs in der NZZ für den hiesigen Markt allerdings nicht das Aufstandsbekämpfungprojekt Gotham, sondern ihr zweites grosses Produkt namens «Foundry». Was in der Kriegsführung gute Dienste leisten soll, soll auch der wirtschaftlichen Profitmaximierung nützlich sein. Angesichts der Bescheidenheit des Schweizer Militärs naheliegend, dass der Fokus Palantirs in der Schweiz diesem Angebot gilt. Verknüpft werden nun seltener Satellitenbilder, doch geht es auch hier darum, aufgrund der Verknüpfung und Auswertung grosser Datenberge Muster zu erkennen, die vielleicht ohne technische Unterstützung verborgen bleiben würden und entsprechende Vorschläge automatisch zu entwickeln. Vershoben werden dabei keine Bataillone, dafür unter anderem grössere Geldbeträge. Im Fokus stehen die hier ansässigen Banken und Hedgefonds. Die Credit Suisse (CS) etwa biss früh an, fiel damit aber dann auch relativ prompt gleich zweifach auf die Nase. Zum ersten, weil eine Software von Palantir zur Arbeiter_innen-Überwachung genutzt wurde (der Signac-Skandal), zum zweiten, weil Software von Palantir die Investition der CS in

Greensill Capital durchwinkte – bis dann offenkundig wurde, dass hinter der Spekulation nicht viel mehr als Luft lag (der Greensill-Skandal).

Die Fallhöhe ist in anderen Branchen wohl weniger hoch. Das Verlagshaus Ringier befindet sich gemäss Selbstdarstellung in einer «strategischen Partnerschaft» mit Palantir, um schnell vom «traditionellen Verlagshaus hin zu einem diversifizierten, digitalen und global agierenden Medienunternehmen zu werden». Das heisst dann beispielsweise, dass Palantir-Software im Newsroom eingesetzt wird, um zu evaluieren, welche Bilder, Titel oder Leads online mehr Clicks generieren mögen, um so Leser_innen zu binden, denen verschiedene digitale Werbung unterbreitet wird. Profitorientierter Journalismus aus dem Rechner, wen wundert's, dass die Skepsis den Massenmedien gegenüber gross ist.

Die «strategische Partnerschaft» zwischen Ringier und Palantir geht allerdings tiefer und für einmal ist die pompöse Selbstbeschreibung dieser Allianz nicht gross-spurig überhöht. Personifiziert wird die strategische Partnerschaft beispielsweise durch Laura Rudas, aktuell Vizepräsidentin Strategie bei Palantir und Mitglied des Verwaltungsrats bei Ringier, welche durch diese Doppelrolle bestens als Scharnier zwischen den Interessen der beiden Grosskonzerne wirken kann. Rudas repräsentiert darüber hinaus ein weiteres Charakteristikum der Verquickung der Interessen im Kapitalismus. Sie war zuvor Generalsekretärin der SPÖ in Österreich zu der Zeit, als die Partei den Bundeskanzler stellte. Über das österreichische Bundeskanzleramt lässt sich die Brücke zum nächsten Beispiel dieser kapitalistischen Eigenheiten schlagen, nämlich zu Sebastian Kurz, vormaliger Bundeskanzler der ÖVP. Nachdem dieser über seine kriminellen Machenschaften stolperte, landete er vor den Füßen von Peter Thiel, dem radikal-libertären Mitgründer Palantirs mit einer Geschichte, die den Rahmen dieses Artikels gänzlich sprengen würde, für den er nun profitträchtige und gut-bezahlte Beziehungspflege leisten soll. So, wie diese ihre Expertise angesichts konvergierender Interessen einbringen, so leistet auch Ringier ihren Teil dazu, indem sie mit stets wohlwollender Berichterstattung die Digitalisierung in der Schweiz medial begleitet. Zum Abschluss bemerkt: Es war Marc Walder, CEO von Ringier, der zu Beginn der Covid-Pandemie die angeschlossenen Ringier-Redaktionen anwies, in der kommenden Zeit staatstragend zu berichten – Journalismus vom Chef fürs Kapital, nebst dem aus dem Rechner.



So nahm das Ganze seinen Anfang. Demo in Bern, 2017.

KILL ERDOGAN PROZESS

«Für uns ist eine Kundgebung vor dem Gericht wichtiger als ein paar Minuten Redezeit vor dem Richter.»

Im Frühjahr kam es zu einem speziellen politischen Prozess in Bern. Der Anlass war nichts weniger als ein Transparent mit der Aufschrift «Kill Erdogan with his own weapons». Nach einer starken Kampagne wurden die Angeklagten freigesprochen – wir haben mit einem Berner Genossen darüber gesprochen.

(gpw) Wie kam es zu diesem Prozess?

Alles begann 2017, als in der Türkei der Wahlkampf zum Verfassungsreferendum stattfand. An einer unbewilligten Demonstration wurde ein Transparent mitgeführt auf dem «Kill Erdogan with his own weapons» stand. Dieses Transparent wurde nicht von Personen getragen, sondern war auf einem Musikwagen angebracht, der mitten in der Demo fuhr. Der Wagen stand später auch für mehrere Stunden an einer bewilligten Kundgebung auf dem Bundesplatz.

Wohl ein türkischer Fotograf hat das Transparent gesehen und ein Foto direkt in die Türkei geschickt, wo es tatsächlich vom Faschisten Erdogan persönlich aufgenommen wurde. Er hat das Bild in seinem Wahlkampf gebraucht und sich vor tausenden Anhänger_innen darüber echauffert, dass es in der Schweiz Menschen gäbe, die ihn umbringen wollen. Er fragte, was das für eine Demokratie in der Schweiz sei.

Die Geschichte wurde fast zu einer Staatsaffäre. Was ist passiert?

Auf offizieller Ebene gab es wegen diesem Transparent diverse Verstimmungen. Der Schweizer Botschafter wurde zweimal vorgeladen. Die türkische Botschaft versuchte mehrmals herauszufinden, wer dieses Transparent gemacht hatte. Sie hat Briefe geschrieben und Druck zu erzeugen versucht, zuerst bei der Polizei. Die Polizei hat immer gesagt, dass sie nichts sagen könne, da es sich um ein laufendes Verfahren handle. Dann ging das türkische Regime dazu über, beim Eidgenössische Departement des Äusseren (EDA) vorstellig zu werden und über die Völkerrechtsdirektion hat es versucht, Druck auf die Staatsanwaltschaft in Bern auszuüben und so an Infos zu kommen – insgesamt sieben Anläufe haben sie genommen.

Wir haben erst aus den Akten von all diese Anfragen erfahren. Davor wussten wir nur, was wir bei den Einvernahmen bei der Polizei hörten. Die Polizei hatte ihre eigene Sichtweise. Sie meinte, dass sie das gar nicht machen wolle, sondern dass sie nur auf Druck von oben reagiere. Interessant! Das hat uns gezeigt, dass es eigentlich kein wirkliches Interesse der Schweizer Justiz gab, diese Lapalie weiter zu verfolgen, aber weil da halt Druck auf internationaler Ebene gemacht wurde, musste sie reagieren.

Mit den Strafbefehlen wurde eine nächste Etappe eingeläutet. Was waren eure nächsten Schritte?

Es war lange nicht klar, ob die Ermittlungen im Sand verlaufen, weil, wie gesagt, die Schweizer Justiz nicht wirk-

lich motiviert war. Als dann die Strafbefehle kamen und die Geldstrafen auch noch so tief waren, gingen wohl alle davon aus, die Angeklagten würden diese Strafen einfach akzeptieren. Somit hätte die Schweiz einen Schuldigen vorweisen können, die Türkei wäre zufriedengestellt gewesen und die Angeklagten wären mit einem blauen Auge davongekommen. Doch nicht mit uns! Alle Angeklagten haben sich entschieden, die Strafbefehle nicht zu akzeptieren und einen politischen Prozess zu machen. Ein Prozess kostet aber Geld, weswegen sich zwei der sechs Angeklagten entschieden haben, die Strafbefehle zu akzeptieren.

Wie habt ihr das Projekt «politischer Prozess» angepackt?

Es braucht Anwalt_innen, die das gratis machen und die sich für diese Art von Prozess ins Zeug legen. Es braucht Zeit, um sich zusammen zu koordinieren und um die politische Linie festzulegen. Und es braucht auch Energie, zusätzlich Aktionen zu planen, die das Ganze zu vermitteln etc. Das ist alles nicht ganz einfach und bringt auch Schwierigkeiten.

Könnt ihr das konkretisieren?

Es war das erste Mal, dass sich die Angeklagten in einem politischen Prozess befanden. Heutzutage ist es schwierig, mit Anwalt_innen überhaupt die Option eines politischen Prozesses zu diskutieren, die kennen das gar nicht mehr. Da braucht es erst Gespräche, damit man sich auf einer gemeinsamen Basis befindet.

Viel gelernt haben wir vom Prozess gegen eure Genossin Andi in Bellinzona, wo gezeigt wurde, wie politische Prozessführung aussehen kann. Das Juristische muss nicht immer im Zentrum stehen, sondern man kann den Spieß umdrehen und das Gericht als Bühne nutzen, um seine eigenen Anliegen zu verbreiten und den Kampf weiterzuführen. Solche Beispiele sind wichtig und die haben uns geholfen, diesen Prozess aufzugleisen.

Wie sah die politische Stossrichtung aus?

Wir wollten noch einmal zeigen, was Erdogan für Kriegsverbrechen begeht, wir wollten Erdogans Politik im Innern behandeln und wir wollten die Verantwortung der Schweizer Regierung bei der ökologischen Katastrophe hervorheben. Schliesslich wollten wir auch Erdogans langen Arm thematisieren. Es ist eine super Gelegenheit, dies in einem politischen Prozess zu tun, weil man einerseits eine mediale Aufmerksamkeit hat und man in Zeiten, wo es ruhiger ist um die Politik Erdogans, die Möglichkeit hat, wieder Öl ins Feuer zu giessen. Unser Ziel war es, die Aufmerksamkeit in der Schweiz darauf zu richten, was in der Türkei abgeht.

Unsere Bilanz ist eine durchaus positive. Wir haben es geschafft, im Gericht unsere Inhalte präsentieren zu können. Wir konnten über Giftgas sprechen, wir konnten über

völkerrechtswidrige Einmärsche sprechen. Wir konnten über die politischen Gefangenen sprechen und die diversen Widerstandsbewegungen doch zumindest andeuten.

Uns war es ganz wichtig, auch Direktbetroffene zu Wort kommen zu lassen. Leute, die in der Türkei kämpfen oder gekämpft haben und die in der Schweiz im Exil weiterkämpfen. So haben wir beispielsweise eine Überlebende des Attentats des IS in der türkischen Stadt Suruc in den Gerichtssaal gebracht, und sie konnte eine eindruckliche Rede halten. Sie hat die Gewalt von Erdogan und seinen Schergen erlebt, gibt nicht auf und bringt eine starke politische Überzeugung mit.

Am ersten Prozesstag wurde ein türkischer Journalist, der spitzelähnlich arbeitet, entlarvt.

Dieser Mann im Gerichtssaal hat sehr viel ausgelöst. Für alle, auch die anwesenden Journalist_innen wurde klar, dass der türkische Staat bespitzelt, dass er seine Informant_innen überall hat und einsetzt. Wir konnten in kurzer Zeit zeigen, dass er ein Propagandaschreiber des türkischen Staates ist und seine Funktion nichts mit Journalismus zu tun hat. Das war eine Stärke von uns. Auch der Richter war verunsichert.

Wie habt ihr die Gegenseite im Prozess erlebt?

Der Richter war etwas schockiert, er war auch unvorbereitet für einen solch grossen Prozess. Er wirkte irritiert, verwirrt, zeitweilen ziemlich hilflos, so dass er nur abbrechen und Pausen machen konnte. Auch die Staatsanwaltschaft kam an den ersten Prozesstagen kaum zu Wort. Sie war auch in einer denkbar schwierigen Situation, aus Nichts etwas Juristisches zu zaubern. Deswegen war es für uns ein einfaches Spiel, das wir da spielen konnten.

Was denkt ihr, wieso wurde der Prozess zum Erfolg?

Der Erfolg war nur möglich durch das Zusammenarbeiten zwischen den Angeklagten, Journalist_innen im Publikum, unseren Anwalt_innen, den Zeug_innen und der Unterstützungsgruppe. Es war ein Zusammengehen von allen. Wenn das nicht so harmoniert hätte, wäre es schwieriger geworden.

Wichtig waren auch Situationen wie sie zum Prozessauftakt vor dem Gericht stattfanden: Es kam zu einem Handgemenge mit der Polizei, die alle politischen Banner beschlagnahmte. Es wurde gesagt, man wolle jetzt die Situation nicht noch hochschaukeln, man wolle Ruhe bewahren – ein gefundenes Fressen für den Prozess! Durch diese Anspannung, die alle sicher wahrgenommen haben, merkte man, dass es um mehr geht als nur um ein Transparent. Auch für uns! Für uns ist eine Kundgebung vor dem Gericht wichtiger als ein paar Minuten Redezeit vor dem Richter.



Jann Marc Rouillan: Aus der Erinnerung, die antifranquistischen Revolten der 1970er-Jahre

(agf) Als Jann Marc im Sommer 2018 nach 28 Jahren Knast – 10 davon in Isolationshaft – entlassen wurde, trat er mit zwei prinzipiellen Feststellungen an die Öffentlichkeit: Erstens hätten er und seine Genoss_innen nichts zu bereuen, zweitens könne nicht geleugnet werden, «dass wir gescheitert sind». Die Jahre im Knast nutzte der Genosse der Action Directe, um den Kampf weiterzuführen und seine beeindruckenden Erinnerungen aufzuschreiben, die nun auch in Deutsch erschienen sind.

Nach dem Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939 hatte der Widerstand gegen den Franco-Faschismus nie aufgehört. Es gab eine Kontinuität bewaffneter Auseinandersetzungen, in denen die eine Generation von Guerillagruppen der folgenden ihre Erfahrungen und Waffen weitergab. Im beginnenden Kalten Krieg wurde der Franco-Faschismus zum Bündnispartner der westlichen Staaten gegen die Sowjetunion. Den Jüngeren hat die Unterstützung der Faschisten im Mittelmeerraum durch die NATO gezeigt, dass der Kampf nicht nur gegen das Franco-Regime geführt werden muss.

Toulouse war eines der Widerstandszentren und galt als heimliche Hauptstadt der spanischen Republikaner_innen im Exil. Hier setzt die Erzählung von Jann Marc Rouillan an, der in dieser Stadt aufgewachsen ist und politisiert wurde. Die spanische Grenze war nah und die Geschichten und Namen der Genoss_innen waren bekannt, die von den franquistischen Schergen gefangen genommen, gefoltert und vor Gericht gestellt wurden. Die Todesstrafe war dort noch in Kraft, was Rouillan und seine Genoss_innen bald schmerzhaft erfahren mussten. Sein enger Gefährte Salvador Puig Antich wurde am 2. März 1974 in Spanien mit der Garrote hingerichtet. Er war einer der letzten Revolutionäre, die mit dieser besonders grausamen Methode der Todesstrafe getötet wurden. Er gehörte wie Rouillan zum Movimiento Ibérica de Liberación (MIL), der durch den 1968er-Aufbruch inspirierten bewaffneten Gruppe, die den Befreiungskampf in Franco-Spanien vorantreiben wollte.

Im weltweiten Aufbruch der 1960er Jahre gingen die Demos und Strassenkämpfe schnell in illegale Aktionen über. Allmählich kristallisierten sich daraus Kämpfer_innen, die sich zu organisieren begannen. Ernsthaft, aber auch voller Heiterkeit, Erfindungsreichtum und Energie. Wieder gingen die Waffen von den Händen der Älteren in die der Jüngeren über. Vive la Commune, MIL, GARI ... Das ist die Geschichte, die Jann Marc Rouillan erzählt. Es ist auch die Geschichte, die zur Gründung von Action Directe, der Stadtguerillagruppe in Frankreich, geführt hat, in der viele aus dem antifranquistischen Widerstand mit anderen zusammengekommen sind.

Jann Marc Rouillan verkörpert nicht nur revolutionäre Geschichte, sondern auch den Kampf im hier und jetzt. Für ihn hat der Kampf auf der Strasse, der Universität und der Fabrik absolute Priorität. Mit seiner Geschichte, seinem Werdegang vom Anarchisten zum Kommunisten, vom spontanen Strassenkämpfer zum organisierten Mitglied klandestiner bewaffneter Gruppen, seiner Kontinuität im Kampf auch im Knast, vermag er unterschiedliche Spektren und Generationen der Linken anzusprechen. Sein Buch räumt auch Fehler und Irrtümer ein, ist voller Witz und sehr spannend zum Lesen.

«Die Bewahrung des Sinns für Geschichte ist essentiell. Und zwar von den weit zurückliegenden Wurzeln und Barrikaden an ... Hoffnung bedeutet, überzeuge zu sein, dass wir niemals besiegt sein werden, solange eine einzige Erinnerung lebendig bleibt». nun eine ganz andere Geschichte, auch in einem ganz anderen Stil gezeichnet. Eine späte Hommage an fünf gewöhnliche Arbeiterinnen, denen die Arbeit zum Verhängnis wurde, die aber dem Unternehmen mit den wenigen verbleibenden Kräften trotzen.



Katharina Volk: Alexandra Kollontai – in den Widersprüchen des Lebens

(agf) Am 31. März jährte sich der Geburtstag von Alexandra Michailowna Kollontai, russische Revolutionärin, Parteimitglied der Bolschewiki, Schriftstellerin, Diplomatin für die Sowjetunion in Norwegen und Schweden, zum 150. mal. Pünktlich dazu erschien ein neues Buch zu ihrem Leben von Katharina Volk im Dietz Verlag. Im folgenden ein paar Auszüge.

«Schon in ganz jungen Jahren war es mir bewusst, dass ich mein Leben unter keinen Umständen nach dem gegebenen Muster gestalten dürfe, und dass ich, um die wahre Blickrichtung meines Lebens erkennen zu können, über mich selbst hinauswachsen müsse.» Dies schrieb Kollontai in ihrer «Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin» 1926, in der sie offenherzig ihre Vorstellungen diesbezüglich darlegte, die der Zeit weit voraus waren.

In der Tat verlief Kollontais Leben nicht nach einem vorgegebenen Muster. Schon jung begann sie, eigene Wege zu gehen – fernab der standesüblichen Gepflogenheiten. Sie stammte aus gutbürgerlichem Hause und politisierte sich über die unerträglichen Arbeitsbedingungen der Textilarbeiterinnen in der Fabrik ihres Vaters – und begann, sich auf deren Seite zu stellen.

Bereits vor der Oktoberrevolution fungierte sie als wichtiges Verbindungsglied zwischen Lenin in der Schweiz und den Revolutionär_innen in Russland. Sie war Teil der ersten siegreichen sozialistischen Revolution in Russland und spielte in ihr eine bedeutsame Rolle. Sie war die erste Frau, die nach dem Sieg der Bolschewiki im Oktober 1917 vom Petrograder Rat der Arbeiter_innen und Soldaten in ein Ministeramt ernannt wurde, jenes der Erziehung. Während der Zeit der Gewerkschaftsdiskussion 1920/21 gehörte sie zur kritischen Gruppe der Arbeiteropposition. Eine Minderheitsposition innerhalb der Partei, die sich nicht durchsetzen konnte. Auch später forderte Kollontai ihre Genoss_innen mit neuen Lebensentwürfen und fortschrittlichen Ideen zu Mutterschaft, Ehe und Liebe heraus. Es war eine Zeit, in der «neue Wege der Liebe» und des gemeinschaftlichen Zusammenlebens erprobt wurden, von denen Kollontai nicht unberührt blieb.

Kollontai ist nach wie vor aktuell, was ihren Mut und ihre Weitsicht in Bezug auf Fragen der Liebe und des menschlichen Zusammenlebens betrifft. Bis heute haben sich ihre Ideen nicht ansatzweise durchgesetzt, sind deshalb noch immer Zukunft. In ihren autobiographischen Schriften und schriftstellerischen Texten zeigt sie auf, dass jede revolutionäre Veränderung auch eine Veränderung des eigenen Selbst und der zwischenmenschlichen Beziehungen mit sich bringt. Sie war radikal, forderte, neue Wege zu gehen und gewohnte Pfade zu verlassen – und verortete die schöpferische Kraft des Wandels historisch bei den Frauen und der Arbeiter_innenklasse. Gleichzeitig verschwieg sie nicht, wie schmerzhaft Veränderungsprozesse sein können.

Ab 1923 stand Kollontai in diplomatischem Dienst. Auch darüber hat sie ein eigenwilliges, faszinierendes Buch geschrieben: «Mein Leben in der Diplomatie, Aufzeichnungen aus den Jahren 1922-1945», ebenfalls im Dietz Verlag erschienen, 2003.

Automatisierung und die Zukunft der Arbeit

Aaron Benanav
edition suhrkamp

SV

Aaron Benanav: Automatisierung und die Zukunft der Arbeit

(az) Viel wurde in den letzten Jahren darüber diskutiert, inwiefern die Digitalisierung und dazugehörige Automatisierung zu einem Verlust von Arbeitsplätzen führen wird. Dabei ist es nicht die technologische Erneuerung, die zum Stellenabbau führt, so Aaron Benanav in seinem Essay, sondern die Verlangsamung der kapitalistischen Produktivitätssteigerung und des Wachstums.

Dies versucht der Autor anhand von vier empirisch meist gut belegten Thesen genauer zu erläutern. Erstens sank die Nachfrage nach Arbeit in den vergangenen Jahrzehnten nicht aufgrund von Innovationssprüngen, sondern aufgrund einer parallel dazu laufenden Stagnation der Wirtschaft. Zweitens manifestiert sich diese oftmals nicht in einer Massenarbeitslosigkeit, sondern in einer chronischen Unterbeschäftigung. Diese wird drittens, so das Marx entnommene Argument, von den Herrschenden begrüßt, weil dadurch ein Heer von Niedriglohnarbeitenden entsteht. Viertens schliesslich ist eine Perspektive im Sinne eines guten Lebens möglich, in dem ein konkurrenzloses Leben von Mensch und Maschine denkbar wird – sofern wir denn die gesellschaftlichen Bedingungen verändern.

Nicht alles davon ist neu, doch die vier Thesen sind aufgrund ihrer Kompaktheit – der Text beschränkt sich auf etwas mehr als 150 Seiten – aus verschiedenen Gründen lesenswert. Benanav versteht die ökonomischen Mechanismen besser als viele andere Linke. Bezüglich Wachstumsrückgang und Niedriglohn zeichnet er beispielsweise eindrücklich die globale Geschichte des Kapitalismus der letzten Jahrzehnte nach. Und bezüglich Niedriglohnsektor zeigt Benanav schlüssig, dass das Interesse an diesem letztlich höher ist als technokratische Lösungsansätze wie die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.

ERZÄHLFORM

Alles Orwell oder was?

Filmproduktionen, Romane und Comics wählen gerne die Form der dystopischen Erzählung. Die Utopie hingegen – die Beschreibung einer erstrebenswerten Zukunft – ist sehr selten. Ein Widerspruch?

*«Ich boykottiere Dich, Realität
Du bist es nicht wert, dass sich die Welt um Dich dreht
Weil Du einfach Mist bist, scheiße und sadistisch»
(Grossstadtgeflüster)*

(az) Die Realität ist unaushaltbar, wie Grossstadtgeflüster nachvollziehbar singt. Das liegt natürlich an der Weltlage, wird aber dadurch verschärft, dass wir ständig mit Aussagen konfrontiert sind, die sowohl die Intelligenz als auch den Geschmack beleidigen und progressiv denkende Kräfte kaum mithalten können, wenn sie dem vorherrschenden Unsinn entgegenhalten wollen.

Wie formuliert sich aber eine brauchbare Gegenerzählung? Ein angestammtes Terrain wäre die Satire. Allerdings haben einige Satiriker_innen in den letzten Jahren ihre Arbeit an den Nagel gehängt, weil sie unfähig wären, die Aussagen von Reaktionären mehr zuzuspitzen, als diese es selbst tun.

Go Science Fiction

Die Erzählung der Wahl scheint heute in Science Fiction Romanen, Serien, Filmen und Comics zu liegen. Das findet zumindest Dietmar Dath, selber SF-Autor und erklärter Fan. Gleichzeitig ist er erklärter Marxist und verbirgt seine Absicht der revolutionären Aufklärung keineswegs. Er hat soeben das Monumentalwerk «Niegeschichte» publiziert, die Geschichte über jene Geschichten, die nie geschehen und dennoch niedergeschrieben worden sind.

Fiktion kann sich durch ein Setting in der Zukunft von gewissen Rahmenbedingungen befreien, kann Abläufe oder gesellschaftliche Bedingungen denkbar machen, die in der gegenwärtigen Gesellschaft undenkbar wären. Das ist ein enormes Potential und Dath verweist zu Recht darauf. Es könnte zu Utopien führen, zur Beschreibung eines revolutionären Umbruchs, wie wir ihn uns erträumen. Doch gibt es keine revolutionäre Perspektive, wie «wir» sie uns erträumen, es gibt höchstens Versatzstücke davon und eine umfassende Utopie droht schnell zu romantischem Kitsch zu verkommen.

Verlust der Utopie

In letzter Zeit wurde viel über Utopie geschrieben, einerseits, weil das klassische Werk «Utopia» von Morus 2016 das 500-jährige Jubiläum feierte, andererseits, weil sich Kim Stanley Robinson mit «Ministerium für die Zukunft» an die Utopie heran gewagt hat. Der Verlust der Utopie wird beklagt und das Aufkommen der Dystopie der Unsicherheit der Zeit und dem Unbehagen gegenüber Technologie zugeschrieben. Wer «Ministerium für die Zukunft» gelesen hat, weiss, wie viele Fallen darin angelegt sind, Momente, in denen du als Leser_in mit der Utopie des Autors nicht einverstanden sein könntest. Robinson hat dabei mit viel Fleiss und grossem Pluralismus Widersprüchen den Wind aus den Segeln genommen und ein beeindruckendes Buch verfasst, in dem gesellschaftlicher Wandel und der ausdauernde, zermürbende Kampf dafür, tatsächlich das Hauptthema sind. Aber der Preis, den er dafür bezahlt, ist im Text ablesbar: Es ist ein Kraftakt.

Sehr nachvollziehbar deshalb, dass Autor_innen zur einfacheren Dystopie greifen, die Frederic Jameson positiv als Lust am Albtraum beschreibt. Mit ihr lassen sich Widersprüche zuspitzen und denunzieren. Man denke



«Squid Game» ist der Schritt vom Bildschirm auf die Strasse gelungen. Koreanische Arbeiter_innen streiken (optimal anonymisiert) verkleidet und sagen damit unmissverständlich: Die herrschenden Zustände gehören abgeschafft! Allerdings: Eine Vision dessen, was an ihre Stelle treten soll, suchen wir vergebens in zeitgenössischen Serien.

an die meist gesehene Netflix-Serie «Squid Game», in der sich prekäre Personen dafür entscheiden, jegliche Menschlichkeit abzulegen, um an Geld zu kommen. Der Serie ist es gelungen, die Kritik dermassen bissig und emblematisch zu porträtieren, und dabei ein riesiges Publikum anzusprechen, dass sie auf Tik Tok durch die Decke ging und sogar in den koreanischen Strassenkämpfen aufgenommen wurde. Das ist eine Wirkung, wie sie wenige Kulturgüter vorweisen können: kräftig, ausdrucksstark und breitenwirksam. Genau genommen ist es die Wirkung, von der kreativ Tätige träumen.

Doch entfacht sich gerade in solchen Momenten der Streit um die Frage, ob die dystopische Erzählung ein geeignetes Mittel der Gegenerzählung ist. Der Streit ist alt und versteht sich von selbst, ist doch eine der bekanntesten Dystopien das Buch «1984» von Orwell. Dieses thematisiert zwar eine durchaus berechtigte Kritik am Stalinismus, dient aber vor allem als grosses antikommunistisches Werk, das uns auf die Werte der bürgerlichen Freiheit und Demokratie zurückwirft. Es kann nicht im Sinne progressiver Kräfte sein, Zustände zu kritisieren, um die herrschenden Zustände zu idealisieren.

Normalisierung auf hohem Niveau

Tatsächlich sind auch gegenwärtige dystopische Filme häufig nihilistisch bis menschenfeindlich, in den allermeisten Fällen aber einfach nur banal. So kämpfen in vielen Mainstream-Serien irgendwelche Familienväter als einsame Wölfe gegen autoritäre Diktaturen und gehen am Ende als Held aus der Geschichte hervor. Anstatt die Lust am Albtraum zu benutzen, um das Undenkbare zu beschreiben, wird ein bürgerlicher Idealzustand wiederhergestellt. Normalisierung auf hohem Niveau.

In interessanteren Fällen wie «Squid Game» gelingt die Kritik an der gegenwärtigen Gesellschaft, doch scheitert der Widerstand am Ende an der Hauptperson selbst und konfrontiert uns mit der absoluten Unsinnigkeit des Kampfes, weil der Mensch, so scheint es, im Grunde schlecht und egoistisch ist.

Doch sollte die Tatsache, dass die meisten gegenwärtigen Serien nicht progressiv sind und Fake-Kritik artikulieren, nicht gegen das Genre verwendet werden.

Inszenierung der Lohnklaverei

Ein möglicherweise interessanter Versuch läuft gerade mit der Serie «Severance» an. Darin lassen sich Arbeitskräfte der fiktiven Firma «Lumon» einen Chip ins Hirn implantieren, der dazu führt, dass sie zu zwei Personen werden. Solange sie im Büro sind, vergessen sie die Person, die sie im Privatleben sind und ausserhalb des Ar-

beitsplatzes haben sie keine Erinnerung an die verrichtete Arbeit. Zumindest im Ansatz ist bemerkenswert, dass eine Diskussion über die marxistische «Freiwilligkeit» der Lohnarbeit in dieser Serie angelegt ist. Doch ist «Severance» nicht abgeschlossen. Ob diese teure, starbesetzte Apple-Produktion, die mit Vorschusslorbeeren überhäuft wurde, mehr ist als Fake-Kritik lässt sich noch nicht sagen. Es ist nicht davon auszugehen.

Die Serie erinnert entfernt an «Stepford Wives», den Film, der 1975 für die Frauenbewegung wichtig war. Darin werden Ehefrauen durch gefügte Cyborgs ersetzt und zu einer unüberrufenen biedereren Version einer Hausfrau gemacht. Die zugespitzte Botschaft war unmissverständlich: Rollenmuster sind nicht nur zu brechen, sie sind Gewalt und Unterdrückung. «Stepford Wives» endet im Untergang. Die Hauptperson wehrt sich, kämpft bis zuletzt, aber sie unterliegt. Und das ist gut so. Obwohl Grossstadtgeflüster völlig zu Recht besingt, dass wir aus der Realität zu fliehen wünschen, dürfen wir diese nicht ausser Acht lassen, müssen Machtverhältnisse mitdenken, wenn wir Marxist_innen bleiben wollen. Das geschieht in «Stepford Wives». Gäbe es ein Happy End, wäre es nur ärgerlich. So geht es in einer «progressiven» Erzählung weniger um die Frage, wie der Ausgang ausfällt, sondern darum, was im Kontrast zum gezeichneten Albtraum erstrebenswert erscheint. Dafür kann die Dystopie, wenn sie klug ist, eine kräftige Erzählform sein.

So existiert der Widerspruch zwischen Utopie und Dystopie zwar, ist aber auch hinlänglich übertrieben. Das Problem stellt sich wie bei jeder anderen Erzählform auch. Die Autor_innen müssen intelligente, progressive Menschen sein. Und sie müssen eine Nische finden, in der sie publiziert werden. Oder aber das Thema ist dermassen in der Mitte der Gesellschaft angekommen, dass es einen Marktwert hat. Kultur erfüllt auch die Funktion, den Zeitgeist zu spiegeln. So entstehen in den USA durchaus kontroverse Produktionen, in denen «Gender» unkompliziert aufgehoben ist oder «Race» angrifflich thematisiert wird, sehenswert ist beispielsweise die Fantasy-Horror-Serie «Lovecraft Country».

Und hier kommt das utopische Moment: Es wird auch umwerfende Filme über rebellische Arbeitskräfte geben, sowohl dystopische als auch utopische, wenn der Moment dafür gekommen ist. Ob die Geschichte im Untergang oder in der besseren Zukunft endet, wird dabei mehr eine Frage des persönlichen Geschmacks der Drehbuchautor_innen sein. Für den Moment suchen wir derartige Erzählungen erfolgreicher in den billigeren Medien Buch und Comic als im sehr teuren Film. Wer Inspiration braucht, kann «Niegeschichte» zur Hand nehmen und wird darin zahlreiche Autor_innen finden, die Dietmar Dath empfiehlt.

IMPRESSUM Herausgeberinnen: Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich/Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org/Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org
Redaktion (red): Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafts), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkks), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkzz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5 Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org Winterthur: Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org Zürich: Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSTELLEN Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich/Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur/Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4/Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern/Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern/Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen/Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel/Paramoia City Buch & Wein, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg/Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart/Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach/Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn/Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg/Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München/Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin/Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.